

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1,50 Mk., bei Platzvorschrift 2,30 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1,70 Mk. Reklame-Kolonelle 7,50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Ein reaktionärer Oberbürgermeister in Berlin.

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern die Wahl des Oberbürgermeisters vollzogen. Als Sieger ging der Rämmerer Böh mit 109 Stimmen aus der Wahl hervor. Unser Kandidat, Genosse Dr. Wehl, vereinigte 95 Stimmen auf seine Person.

Obwohl die sozialistischen Parteien in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, ist, anscheinend mit rechtssozialistischer Unterstützung, ein Bürgerlicher zum Oberbürgermeister gewählt worden, der bisher nicht das geringste Verständnis für die Sorgen und Nöte der Arbeiterschaft an den Tag gelegt hat. So werden durch die Zersplitterung des Proletariats, durch das Zurücktreten der Rechtssozialisten vor einer energischen proletarischen Politik und durch die Demagogie der Kommunisten, die sich nicht scheuen, aus Prinzipienreiterei die Interessen der Arbeiterschaft in die Hände zu lassen, der Bourgeoisie Machtpositionen in die Hände gespielt, die wir bereits fest in Händen hatten.

Freilassung der schlesischen Rechtspulschiffen.

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Breslau wird unterm 20. Januar gemeldet: Die in Waldenburg auf Grund der Enthüllungen unserer Parteipresse verhafteten Rechtspulschiffen sind von der Staatsanwaltschaft bis auf einen sämtlich wieder aus der Haft entlassen worden. Diese erstaunliche Maßnahme findet ihre Begründung in der Aussage eines Zeugen, wonach die militärischen Pläne nicht offenbaren, sondern defensiven Charakter getragen hätten.

Durch diese Meldung scheint folgende Meldung des B. B. überholt zu sein:

Berlin, 20. Januar. (Amtlich.) In dem Ermittlungsverfahren, das gegen die Führer der in Waldenburg aufgedeckten Organe eingeleitet worden ist, haben sich inzwischen die Hauptbeschuldigten, nämlich der Kreis-Geschäftsführer St. der R. a. D. Müller und dessen Stellvertreter, St. d. R. Macianga, ebenso der Fabrikant Krull dem Gericht gestellt. So daß nunmehr alle neun Beschuldigten, gegen die Haftbefehle erlassen sind, in Haft sind.

Abbau der Einkommensteuer?

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Reichsfinanzminister trägt sich, wie die Zentrums-Parlamentarier zuverlässig hört, um der Entwertung der Einkommen, namentlich der niedrigen Einkommen der Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenklasse Rechnung zu tragen, mit dem Plane eines zeitgemäßen Abbaues der Einkommensteuer. Einzelheiten über die Absichten der Regierung können zur Zeit noch nicht mitgeteilt werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen wird man gut tun, diese Einzelheiten abzuwarten. Bis jetzt hat noch jede „Neuregelung“ der Steuerbefehle nicht mit einer Entlastung, sondern mit einer neuen Belastung der minderbemittelten Schichten geendet.

Protest der bayerischen Gewerkschaften gegen den Ausnahmezustand.

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) München, 20. Januar. Der Widerstand gegen die Reaktion in Bayern nimmt mehr und mehr an Schärfe zu. Die Gewerkschaften Nordbayerns hatten zu heute eine Vertreterkonferenz nach Nürnberg einberufen, um gegen den Ausnahmezustand Protest zu erheben.

Kommunistische Politik.

Schwerin, 20. Januar. Die Mecklenburgische Zeitung meldet: In der heutigen Vormittagsitzung des Landtages gab Ministerpräsident Stelling die angekündigte programmatische Regierungserklärung ab, in der er sich u. a. scharf für ein Verbot der Selbstschutz-Organisationen aussprach. Hierauf stellte Abgeordneter Anebnusch (DntL.) den Antrag auf Auflösung des Landtages, der von den Kommunisten unterstützt wurde. Der Landtag vertagte sich sodann auf heute nachmittags 3 Uhr.

Am 19. Januar ist mit Hilfe der Kommunisten eine rechtssozialistische Regierung gebildet worden, am 20. stimmen die Kommunisten mit den Deutschnationalen für die Auflösung des Landtages, um die sozialistische Regierung zu beseitigen. — Grundtätliche kommunistische Politik!

Kiew wieder in russischem Besitz.

Paris, 20. Januar. Wie Russe Union meldet, ist es nach einer Nachricht der Zwetslija den roten Truppen gelungen, das von aufständischen Bauern besetzte Kiew wieder zu befreien. Am Dnjepr sollen die ukrainischen noch die Stadt Kanew halten.

Deutschland zu vorläufigen Wiedergutmachungszahlungen bereit.

Berlin, 20. Januar. Am 18. d. M., abends, hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris, Dr. Mayer, aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die Frage der Reparation besprochen.

Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, Deutschland habe bisher immer daran festgehalten, daß seine gesamte Schuld festgesetzt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könnte. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei das insofern möglich, als das deutsche Volk dann immer noch kein Ende absehe und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trozdem habe sich die deutsche Regierung auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden seien, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur für eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht instande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe (3 Milliarden Goldmark jährlich. Ann. d. Red.) und anders als in Natura zu leisten.

Ministerpräsident Briand gab daraufhin seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

Der Kongreß der italienischen Sozialisten.

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Mailand wird berichtet: Mit den Reden Serratis, des Direktors des Avanti, und Turatis, des Altmeisters des italienischen Sozialismus, hat der Sozialistenkongreß von Livorno gestern nachmittags seinen Höhepunkt erreicht. Die Niederlage der unversöhnlichen Kommunisten scheint befestigt. Serrati schilderte, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Härte Moskau auf seinen 21 Punkten bestche, besonders auf der Austreibung aller gemäßigten Elemente der Partei, und wandte sich an die rechtsstehenden Elemente in der Partei mit der Aufforderung, sich offen zum Kommunismus zu bekennen.

Dann trat Turati für die Einheitlichkeit der Partei in einer wirkungsvollen Rede ein, indem er es als eine Freiheitsberaubung hervorhebt, wenn die Diktatur des Proletariats eingeführt werde. Gewalt werde nicht benötigt, wenn die Mehrheit durchbringe. Die bürgerlichen Klassen Italiens fürchten nicht so sehr die Gewalt, wie den geschickten Fortschritt des Proletariats. Der Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die jetzige Krise der gemäßigten Richtung über kurz oder lang den Sieg bringen werde. Großer Beifall begrüßt den Schluß der Rede.

Bombacci befürwortete die Loslösung der Kommunisten von den Sozialisten, indem er die russischen Zustände verherrlicht. Zum Schluß zieht der Parteisekretär Geninari die gemäßigten Mitglieder einer zu großen Hinneneigung zum Bürgertum, wurde aber von Modigliani energisch widerlegt.

Noch keine Lösung der Finanzfragen in Riga.

Warschau, 19. Januar. (OE.) Dombolski und Joffe haben in den letzten Tagen mehrere Konferenzen abgehalten, darunter eine unter Teilnahme des polnischen und des russischen Vorsitzenden des Ausschusses für Finanz- und Wirtschaftfragen, Obolenski und Strahburger. In der letzten Sitzung des Ausschusses ist von den Parteien auf polnischen Vorschlag beschlossen worden, um den Abschluß des Friedensvertrages zu beschleunigen, die genaue Berechnung der gegenseitigen Geldforderungen einem paritätischen Ausschuss zu übertragen, der in Warschau spätestens eine Woche nach der Ratifikation des Friedens zusammentreten soll. In derselben Sitzung sind jedoch neue Schwierigkeiten zutage getreten, da die russischen Delegierten der von den Polen vorgeschlagenen Berechnung in Goldrubeln nur in bezug auf Sachleistungen und Sachschäden zustimmen, dagegen die aus der früheren Zugehörigkeit Kongresspolens zum Russischen Reich herrührenden polnischen Forderungen in derzeitigen Sowjetrubeln berechnen wollten. Da keine Verständigung erzielt werden konnte, wurde die Frage einem Unterausschuss überwiesen.

Der Lohn für Deutschlands Senkerdienste in Finnland.

Stockholm, 20. Januar. Nach einer finnischen Meldung hat Deutschland für die militärische Hilfe während des finnischen Aufstandes im Jahre 1918 neuerdings 80 Millionen Reichsmark Entschädigung verlangt. 65 Millionen sind bereits früher gezahlt worden.

Deutscher Adel deutscher Art.

Das vorrevolutionäre Preußen-Deutschland war in der ganzen Welt als die Domäne der adelichen Junker bekannt. Seit Jahrhunderten hatten die würdigen Nachfolger der ehemaligen Kauritter die Krone über den deutschen Völkern geschwungen und diese in der brutalsten Weise geknechtet und geschunden. Unbekannt sind sie in Preußen-Deutschland bis in die neuere Zeit die Regierenden gewesen. Auch die Könige oder Kaiser, die ja Blut von ihrem blauen Blute waren, betrachteten die „Edelsten und Besten der Nation“ in ihrem Innersten nur als Gleiche unter Gleichen, deren Hauptaufgabe die Wahrung der Junkerinteressen war. Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut! Selbst dann, als die Einigung der deutschen Staaten und Städtchen — ganz gegen den Willen der Junkerkaste — zustande gekommen war und mit der kapitalistischen Entwicklung auch in Deutschland die Bourgeoisie eine größere Bedeutung erlangte, haben es die Herren „von“ und „zu“ ausgezeichnet verstanden, sich im Staat und im Reich den überwiegenden und ausschlaggebenden Einfluß zu sichern.

Als im Jahre 1918 der alte preussisch-deutsche Obrigkeitstaat zusammengebrochen war, atmete das deutsche Volk endlich einmal auf, weil es glaubte, daß nun die Nacht seiner beiden schlimmsten Peiniger, des Militarismus und des abligen preussischen Junkertums, mit den zwei Dugend Gottesgnadenmännern an der Spitze, gebrochen sei. Junkertum und Militarismus waren ja miteinander verwachsen wie ein Paar siamesische Zwillinge. Als der preussisch-deutsche Militarismus unter den Schlägen der Armeen der halben Welt — dank der glorreichen Politik der deutschen herrschenden Kaste konnte Deutschland seine Feinde ja nach Duzenden zählen — zusammenbrach, stürzten auch die bisherigen auserwählten Führer und Lenker des alten Staates vom Schauplatz ihrer Heldentaten. Der vorläufige Repräsentant der Adelskaste auf dem Kaiserthron ließ Thron und Post im Stich und flüchtete ins Ausland. Die Adlen aber, die hundertmal geschworen hatten, Blut und Leben für Kaiser und König einzusetzen, ließen die Throne ruhig stürzen und retteten sich eiligst vor der Empörung des gepeinigten Volkes auf ihre Schloßer. Mancher suchte sich selbst dort noch nicht sicher und suchte jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle Schutz vor der erwarteten Rache des Betrogenen und nicht zuletzt durch die Schuld der Junkerklasse ins Unglück gestürzten Volkes. Die Furcht der traurigen Helden war unerbüdet. Das deutsche Volk hat ja nicht wie 1789 das französische die abligen Blutsauger zum Teufel gejagt und mit dem Adelspflunder ausgeräumt. In seiner unendlichen Langmut und Gütmütigkeit hat es seinen Peinigern kein Haar gekrümmt. Dafür erhält es nun die Quittung.

Die Adligen, die Junker haben sich wieder gesammelt und zeigen sich überall als Führer der wieder erstarkten Reaktion. Überall, wo reaktionäre Pläne geschmiedet, überall, wo Sturm gegen die letzten Rechte und Freiheiten des Volkes gerichtet wird, haben die Herren „von“ und „zu“ wieder ihre Hände mit im Spiel. So stark fühlen sie sich wieder, daß sie wie ehemals wieder ihre Adelsstage abhalten. Ganz wie früher wollen sie sich als besondere Kaste konstituieren. Dabei müssen sie freilich der Geldaristokratie Konzessionen machen. So mancher, der bis über die Ohren verschuldeten Edelmann hat ja sein verrostetes Wappenschild durch die bei der Heirat mit einem Töchterlein aus dem Stande „der einst so mitschreitenden „Arämer““ mitbekommenen Millionen neu vergolbet. Aber alle nicht unzweifelhaft „Deutschblütigen“ sollen aus ihren Reihen ausgeschlossen werden. Ein „Eisernes Buch deutschen Adels, deutscher Art“ soll ausweisen; wer allein würdig ist, der zu schaffenden „bewußt deutschen Aristokratie“ anzugehören, die dann die „Masse führen“ soll.

Jawohl, in ihrer schon oft bewundernten göttlichen Frechheit wagen es die Junker und Adligen heute wieder, sich als die berufenen Führer des Volkes aufzuspielen. Und warum sollten sie auch nicht? Deutsches Volk und deutscher Adel haben sich ja, wie ein „deutscher Edelmann“ in der Deutschen Zeitung so schön auseinanderlegt, immer so gut verstanden. Der Gegensatz zwischen Volk und Adel sei immer nur ein „leeres Schlagwort politischer Drahtzieher“ gewesen. Warum sollte das alte traute Verhältnis nicht wieder hergestellt werden? Man muß es im Wortlaut genießen, wie der Edelmann dieses schöne Verhältnis so rührend zu schildern weiß:

„Welch schönes Band brüderlicher Kameradschaft hat im Frieden und namentlich im Kriege alle umschlungen. Daran ändern nichts die geistlichen Entstellungen von Soldatenräten und deren Anhängern. Welch schöner patriarchalischer Geist herrscht zwischen der Landbevölkerung und den Gutshäusern, in denen wahrhaft adeliche Gesinnung gewohnt.“

Wahrlich, die Frechheit des preussischen Junkers wird ewig unerreicht bleiben! Jahrhundertlang hat die Junkerklasse ihre Peibegonen, die Bauern, das ganze Landvolk ausgezogen und gepeinigt. Unter der ihm vom abligen Gutsherrn aufgezwungenen Prohnenarbeit ist das Landvolk in allen Gauen Deutschlands zu-

Jammerebrochen. In der grauigsten Weise sind die Bauern aus den Gutsbezirken gekütert, gemartert und geschunden worden. Hunderttausende von Bauern wurden durch Betrug der Junker um ihr Land gebracht, mit Gewalt vertrieben und dem schlimmsten Elend überantwortet worden. Als die Stunde der sogenannten Bauernbefreiung schlug, haben die Gutsbesitzer wiederum die Bauern um Hunderte von Millionen geprellt. Und haben die Junker nicht auch später in entsprechender modernisierter Form ihr Raubhandwerk fortgesetzt? Man denke nur an die Wucherpolitik, durch die im Laufe der Jahrzehnte aus den beschlagnahmten Millionen Milliarden herausgepreßt worden sind. Wie haben die Junker in dem Lande, in dem nach einem Kaiserwort die Schwelnefälle besser waren als die Landarbeiterwohnungen, die Landarbeiter ausgebeutet und geknechtet. Und als einst im Reichstag das Elend der unter der agrarischen Wucherpolitik leidenden Kinder des Proletariats geschildert wurde, war es einer von dieser frechen Junkertruppe, der höhnend in den Saal rief, die Väter hätten sicher alles verfohlen.

Und wie war es dann im Kriege? Allerdings hat von jeher ein enges Band Adel und Militarismus umschlungen. Die Söhne der Junker waren es, die sich im Heere auf Kosten des Volkes mähten. Die Junkersprohnen waren es besonders, die die Proletariatsöhne im Waffenrock als Vorgesetzte so oft in der gemeinsten Weise schikanieren und quälten. Dann im Felde — „brüderliche Kameradschaft“, die darin zum Ausdruck kam, daß die hohen abligen Offiziere größtenteils hinter der Front schlemmten und von dort aus die „gemeinen“ Soldaten zu Tausenden und aber Tausenden ins Verderben hielten. Fürwahr — ein wahrhaft patriarchalisches Verhältnis zwischen Adel und Volk im Kriege wie im Frieden! Deutscher Adel deutscher Art!

Und diese freche Junkersprohne, belastet mit ungeheurer Blutschuld und dem Fluche von vielen Millionen von Krüppeln, Witwen und Waisen, wagt es heute immer noch, sich als der bessere Teil des Volkes aufzuspielen. Ihre Angehörigen haben überall ihre Hand mit im Spiele bei allen Streichen, die die Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände zum Ziele haben. Überall brängen sie sich wieder in den Vordergrund und machen ihren unheilvollen Einfluß wieder geltend. Das deutsche Bürgertum aber läßt sie aus Angst vor dem Proletariat gewähren. Es wird die höchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterschaft diese täglich dreifach werdende reaktionäre Gesellschaft endlich einmal gebührend in ihre Schranken zurückweist. Das Proletariat muß dieser Junkersprohne endlich unzweideutig zum Bewußtsein bringen, daß sie es gründlich satt hat, sich von dieser Gesellschaft noch länger bedrücken zu lassen. In den westeuropäischen Ländern hat die Bourgeoisie bereits längst gründlich mit der Vormachtstellung der Junker aufgeräumt. In Deutschland dagegen hat sie sich aus Furcht vor der Arbeiterschaft mit der Junkertruppe zur Unterstützung der Arbeiterschaft verbunden und ihr obendrein die politische Führung überlassen. Auch jetzt noch stützt sie sich im Kampfe gegen das Proletariat auf die Junkertruppe. Deshalb sind die neuen Vorstöße des Junkertums besonders bedeutungsvoll und eben deshalb muß das deutsche Proletariat der Junkeroffensive den stärksten Widerstand entgegenstellen.

Das Reaktionsdorado.

Berlin, 20. Januar 1921.

Heute, am zweiten Tage, wo das bayerische System gründlich behandelt wurde, ging es noch lebhafter zu, als am ersten Tag. Es ist ja hinlänglich bekannt, daß sich in Bayern alles zusammengefaßt hat, was das alte, verbrochene, monarchistische und militaristische System Deutschlands mit allen Mitteln der Gewalt, der Lüge und des Betrugs wieder herzustellen will. Die sogenannten Volksgerichte verhängen um Lappallen willen über Arbeiter langjährige Zuchthausstrafen, wie heute ausdrücklich festgestellt wurde. Das Bürgertum ist bewaffnet und benimmt sich gegenüber der Arbeiterschaft in der herausforderndsten Weise. Mit dem Belagerungszustand, der nun schon über ein Jahr dauert, wird jede Regierung niedergehalten. Bayern bildet mit seinem konterrevolutionären Verhalten und Tun für das ganze Reich eine außerordentlich schwere Gefahr, was unser Genosse Unterleitner in seiner heutigen Rede noch einmal besonders hervorhob. Als er die bestialischen Handlungen an wehrlosen Arbeitern und Passifisten geißelte, brachte es der bayerische Regierungsvertreter am Bundesratsstische fertig, noch darüber zu lachen. Dieser Ignorismus zeigt wohl am besten, wie weit die Verrohung der bayerischen herrschenden Clique gediehen ist. Eine gründliche Beleuchtung erfahren auch die jetzt so großmäuligen Leute, wie der Erfanger Professor Straßmann und der Abgeordnete Eminger, die sich während der Revolutionszeit hübsch ins Maulschloß verflochten hatten. Natürlich wollten die beiden sich die Kennzeichnung nicht gefallen lassen; entkräften konnten sie sie freilich nicht.

Selbst den Rechtssozialisten geht die bayerische Schandwirtschaft und Gewaltpolitik allmählich über die Hutschnur; ihre beiden Redner, Vogel und Simon (Mugsbura), fanden äußerst kräftige Töne, die auf der rechten Seite des Hauses lebhaftes Erwidern hervorriefen.

Natürlich war es das Zentrum wieder, das die bayerische Gewaltpolitik als verfassungsrechtlich unantastbar zu rechtfertigen suchte, und zwar berief sich sein Redner, der alte rechtskundige Thebaner Spahn auf Verordnungen, die das frühere bayerische rechtssozialistische Kabinett Hoffmann erlassen habe. Er behauptete freihüben, jene Verordnungen seien für die Dauer bestimmt gewesen und die jetzige Regierung dürfe nur aus, was damals schon beschlossene Sache gewesen sei. Natürlich wurde ihm von den sozialistischen Rednern gründlich gebüht, aber das nicht bekanntlich die alten Juristen, die die Gewaltpolitik des deutschen Reiches immer rechtlich begründet haben, nicht an.

Der bayerische Gewaltpolitiker Dr. Heim sah bei der Szene lächelnd dabei und tat so überlegen, als ob er im voraus wüßte, daß die bayerische Schandwirtschaft durch den Reichstag sanktioniert würde.

Die namentliche Abstimmung ergab denn auch, daß der Antrag unserer Fraktion mit 181 gegen 124 Stimmen abgelehnt wurde. Natürlich ist damit das letzte Wort über die bayerische Gewaltpolitik noch nicht gesprochen.

Erliebt wurde auch der Teil des Etats mit den Forderungen der Beamten und Eisenbahner. Unser Genosse Bräunig gab eine entsprechende Erklärung ab. Die Kommunisten wandten sich gegen die Abstimmung in der dritten Lesung und so mußte diese vorläufig verschoben werden.

Nach Moskauer Methoden!

Die halbsche Volkszeitung unter „kommunistischer“ Zensur.

Seit dem 1. Januar geben unsere Genossen in Halle, denen das Volksblatt von den „Kommunisten“ entzogen wurde, ein neues Blatt heraus: die halbsche Volkszeitung. Das neue Organ wird unter den größten technischen Schwierigkeiten in der Genossenschafts-Druckerei hergestellt. Die Mehrheit der Genossenschaftler sind Mitglieder der USP, und ebenfalls die Verwaltung der Genossenschaft. Die in der Genossenschafts-Druckerei beschäftigten Scher und sonstigen Angestellten dagegen sind meist alle stramme „Kommunisten“ — teils freiwillige, teils gezwungene. In der Druckerei werden neben dem kommunistischen Klassenkampf noch drei kommunistische Kopfbätter — für Merseburg, Leipzig und Kassel — gedruckt. Diese „kommunistischen“ Blätter genießen natürlich bei dem „kommunistischen“ Personal der Druckerei Vorrangrechte, worunter die Herstellung der unabhängigen Volkszeitung sehr zu leiden hat. Diese Bevorzugung erstreckt sich indes nicht nur auf das Technische; neuerdings haben sich Angestellte der Druckerei, unterstützt vom Betriebsrat, sogar ganz offen Zensurerechte über die Volkszeitung angemaßt und eine ihnen unangenehme Kritik kurzerhand unterdrückt! Der Vorgang ist zu unerhört und für die geistige und sittliche Verfassung unserer Kommunisten bedauerlich, daß es zwingende Pflicht ist, ihn der weitesten Öffentlichkeit zu unterbreiten.

In seiner Ausgabe vom 10. Januar beschuldigte der kommunistische Klassenkampf die der USP treu gebliebenen Lagerhalter und Angestellten des halbschen Konsumvereins, daß sie „ihre Arbeitszeit dazu benutzen, um für die Menschewisten (!) Hausagitation zu betreiben“. Im Brüstton „kommunistisch-moralischer Entrüstung“ hieß es dann: „Eine derartige Vergeudung von Genossenschaftsgeldern ist unerhört.“ Alsdann wurden die „kommunistischen“ Mitglieder und die Verwaltung ordentlich gegen diese Angestellten scharfgemacht, und „alle Genossen, die ähnliche Beobachtungen gemacht haben“, gebeten, „dies sofort der Redaktion (des Klassenkampfes) zu melden“.

Gegen diese versteckte Aufforderung zum Terrorismus schrieb die Volkszeitung der USP, eine Abwehr, in der die Heuchelei und Unbuddamkeit der „Kommunisten“ gebührend gekennzeichnet und ihnen der Beweis erbracht wurde, daß die „Verächter von Arbeitergeldern“ ganz anderswo zu suchen sind als bei den Konsumvereins-Lagerhaltern, die Mitglieder der USP sind. In dem Manuskript des Abwehrartikels hieß es dann u. a. wörtlich:

„Ein dritter Fall zur moralischen Entrüstung für den Klassenkampf. Ein Angestellter der Genossenschafts-Druckerei ist seit mehr als 1 1/2 Jahren unbesoldeter Stadtrat (Kommunist). Er hat von der Genossenschafts-Druckerei während dieser ganzen Zeit kein volles Gehalt weiterbezogen, ohne der Druckerei dafür die geringste Gegenleistung zu bieten! Er war von seinem Stadtratsposten so ausschließlich in Anspruch genommen, daß er den Weg zur Druckerei nur an den 3 Arbeitstagen fand; erst die am Schluß des alten Jahres neugewählte, in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der USP bestehende Verwaltung hat ihn wieder zu einiger Arbeitsleistung in der Druckerei zu bewegen verstanden.“

Wie in diesem, so waren auch in den anderen Fällen in dem Artikel keinerlei Namen genannt worden. Das Manuskript wurde gefügt — lam aber nur bis zum Korrektor. Dieser Gestrenge war nämlich der vorerwähnte Stadtrat, der es nicht als „Verächter von Arbeitergeldern“ empfunden hatte, über ein volles Jahr sein volles Gehalt als Angestellter der Genossenschafts-Druckerei ohne jede Gegenleistung einzusetzen. Er ist seit der Parteilspaltung einer der „tabulierten“ und gewaltigsten „Kommunisten“ von Halle, und erinnerte sich nun angefaßt des vor ihm liegenden anliegenden Manuskripts der für die Behandlung der Wahrheit von Lenin geschriebenen Moskauer Gebrauchsanweisung. Mit einem klugen Federzug strich er alles aus dem Abzug heraus, was ihm nicht gefiel, trommelte den Betriebsrat der Druckerei zusammen und ließ sich von ihm sein Zensurrecht bestätigen. Mit dieser Vollmacht ausgestattet, schnaubte er den Redakteur, der sich erküht hatte, die kommunistische Uneigennützigkeit anzuzweifeln, an: „Solange ich hier Korrektor lese, kommt nur das ins Blatt, was ich will.“ — Wir (die Kommunisten) haben hier die Wahl! Wir bestimmen! — So diktierte der „Kommunisten“-Gewaltige, Herr Stadtrat — Osterburg, der seit acht Tagen wieder in seinem „Hauptberuf“ als Korrektor der Genossenschafts-Druckerei tätig war. Der unter „kommunistische“ Zensurergewalt gestellten Schriftleitung der Volkszeitung blieb zunächst nichts anderes übrig, als gegen den dreifachen kommunistischen Eingriff in ihre Rechte aufs schärfste zu protestieren und die Angelegenheit der Verwaltung zur weiteren Verfolgung zu übergeben. Leider hat nun die Verwaltung der Genossenschafts-Druckerei in einer Sitzung ihren Sehern und Druckern das Recht zugestanden, sie, die Scher, betreffende Vorgänge und Angelegenheiten — sachlicher und persönlicher Art — der Zensurkommission förmlich vorzulegen zu dürfen, an deren Herstellung sie beteiligt oder — besser gesagt — deren Herstellung (vorübergehend) zu verhindern sie — „kommunistisch“ genug sind. Nur um einen Konflikt von größerer Tragweite zu vermeiden, hat die Verwaltung der Genossenschafts-Druckerei den Angestellten der Druckerei eine Konzession gemacht, auf die diese weder ein materielles, geistliches, noch moralisches Recht haben. Die Schriftleitung der Volkszeitung hat sich den Abmachungen zwischen Verwaltung und Angestellten der Genossenschafts-Druckerei im vorliegenden Falle — und nur für den vorliegenden Fall! — nur unter grundsätzlichen scharfem Protest gefügt!

Aber damit haben die „kommunistischen“ Zensoren doch nur das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollten: die Wahrheit mit Gewalt unterdrücken! Gewalt, Terror und Heuchelei sind überhaupt die „vornehmsten“ Kampfmittel dieser „Kommunisten“, und ihre Sprache versteht besonders das halbsche Kommunistenorgan unübertrefflich zu handhaben. Es schmätzt unsere Genossen Keilwand, Peters, Hennig fast täglich als „schmutzigen Gesindel“, „Salunkens“, „Strauchdiebe“, „Masgeier der Revolution“, „Wegelagerer“ und was dergleichen kommunistische Sprachschleifen mehr sind. In jedem zweiten Artikel „entlarvt“ es die „Verräter“, „reißt“ ihnen die „Maske“ vom Gesicht. Man braucht jedoch diese „kommunistischen“ „Entlarver“ nur ein wenig zu tragen, so kommt gleich ihre heuchlerische Sprache in ihrer ganzen abstoßenden Häßlichkeit und Scheußlichkeit zum Vorschein. Das Moskauer System trägt den Keim sittlichen Verfalls so sichtbar in sich, daß es sich über kurz oder lang ganz von selbst zerlegen muß.

Der Kampf um die italienische sozialistische Partei.

Das schon kurz erwähnte Telegramm des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale an den Kongreß von Livorno hat nach dem Avantil folgenden Wortlaut:

Riga, 9. Januar.

Genossen! Die Schritte, die unsere Vertreter Sinowjew und Budarin unternommen, um an eurem Kongreß teilnehmen zu können, waren nicht von Erfolg gekrönt, sicherlich nicht durch unsere Schuld.

Andererseits sind auch die Genossen Serrati und Barotano, die zu einer Beprechung zu uns kommen wollten, nicht bei uns erschienen; folglich muß dieses Telegramm auch sagen, was wir auf dem Herzen haben.

Eure kommunistische unitarische Fraktion hat unsere böser Ahnungen, wenigstens was die Führer betrifft, in Erfüllung gehen lassen. Zugunsten der „Einheit“ mit der Reformisten sind sie bereit, sich von den italienischen Kommunisten und damit von der kommunistischen Internationale zu trennen. — Für uns erhellt von Tag zu Tag klarer, daß die Fraktion des Genossen Serrati in Wirklichkeit eine zentristische ist, die nur wegen der

allgemeinen revolutionären Spannung in Italien als mehr links stehend als in andern Ländern erscheint. Daher erklärt das Exekutivkomitee eurem Kongreß, noch ehe seine Entscheidung fällt, öffentlich und in Absolut kategorischer Weise: Die Entscheidungen des 2. Kongresses der kommunistischen Internationale verpflichten jede Partei, mit den Reformisten zu brechen. Wer das nicht tut, verstößt gegen eins ihrer Grundprinzipien und schließt sich selbst aus. Nichts kann uns davon überzeugen, daß die Redakteure der exzessivistischen Revue: Soziale Kritik Anhänger der Diktatur des Proletariats seien. Wer Reformisten in die kommunistische Internationale hineinschwindeln will, arbeitet in Wirklichkeit auf die Erdrückung der proletarischen Revolution hin. Sie werden nie die unsern sein. Auf jeden Fall wird die italienische kommunistische Partei getrennt werden. An diese, und nur an diese, gehen alle unsere Wünsche.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale: Präsident Sinowjew; Georgien und Armenien: Jifakaja; Persien: Sultan Jada; Jugendinternationale Chatofin; England: Tom Quells; Holland: Jansen; Frankreich: Kosmer; Oesterreich: Reinhardt; Amerika: Hourwich; Rußland: Lenin, Trotsky, Budarin, Solowsky; Lettland: Stouthoff; Dänemark: Jürgensen; Ungarn: Bela Kun, Barga; Bulgarien: Chabline; Orient: Paolowitch

Der Avantil begleitet die Veröffentlichung mit folgenden Ausführungen:

Serrati, Barotano und Bella sind nicht nach Rußland gekommen aus dem ganz einfachen Grunde, weil die Briefe und Telegramme in Moskau mit großer Verspätung eingetroffen sind, da der Genosse Genschowak, der sie von Rewal aus vermittelt sollte, krank geworden. Mit derselben Verspätung sind die Antwortelegramme von Moskau, Rewal, Riga und Berlin eingetroffen. So hätten also unsere Genossen, wenn sie abgereist wären, den Kongreß in Livorno verläßt.

Wir Unitari haben immer daran festgehalten, daß wir uns zwar von den Reformisten trennen müssen, daß es aber unserer Partei vorbehalten bleiben muß zu untersuchen, wie und wann diese Ausscheidung vor sich zu gehen hat.

Es ist ferner nicht richtig, daß Reformisten und Zentristen in Italien nur scheinbar mehr linksgerichtet sind als in andern Ländern. Es ist im Gegenteil eine erwiesene Tatsache, daß alle italienischen Sozialisten, Reformisten und Zentristen seit Kriegsbeginn gegen den imperialistischen Charakter des Krieges gekämpft haben. Wir sind auch immer, mehr als alle andern Länder, für die russische Revolution eingetreten und haben einmütig gegen die Anwendung aller Friedensverträge gestimmt.

Die französischen Sozialisten dagegen, die heute zur 3. Internationale gehören, haben für die Kriegskredite und für die Verträge von Versailles, St. Germain und Sevres gestimmt.

Ebenso hat allein die italienische Partei ihre Solidarität mit Rußland erklärt, als dieses zu dem schändlichen Vertrag von Brest-Litowsk gezwungen wurde. (Das ist nicht ganz richtig. Auch die deutsche unabhängige Sozialdemokratie hat so gehandelt. Red. der Leipziger Volkszeitung.)

Ferner haben wir uns auch, als einzige in der sozialistischen Internationale, heftig gegen die Kolonialpolitik des eigenen Landes gewehrt und so a. B. unsere Regierung gezwungen, Albanien sein Selbstbestimmungsrecht zu geben.

Weiter stimmt nicht ganz, daß die 3. Internationale immer so unverföhlich ist, wie sie in diesem Telegramm glauben macht. So hat a. B. die französische Partei durch Trotsky erklärt lassen, daß

1. sie ihre eigene sozialpatriotische Vergangenheit nicht verleugnet.
2. In der Partei alle befähigt, die drinbleiben wollen, unabhängig von politischer Auffassung, wenn sie sich nur der Parteidisziplin unterwerfen, so daß noch heute jener La Fontaine darin zu finden ist, der von Moskau wegen seines Zusammengehens mit dem konterrevolutionären Polen ausgeschlossen wurde.
3. Daß sie ihren alten Namen behält.
4. Daß man die Möglichkeit einer Vereinigung mit nahelebenden Parteien bei den Waffen offenläßt. (1)
5. Daß nicht definitiv mit den Gewerkschaftsorganisationen der Sozialpatrioten gebrochen zu werden braucht.
6. Daß sie noch keine entscheidenden Beschlüsse fassen wird über das schwierige Problem der sogenannten „nationalen Verteidigung“.
7. Daß sie die Freimaurer nicht ausschließen wird gegen den ausdrücklichen Befehl der kommunistischen Internationale, so daß noch heute Cadin und Coen in ihren Reihen sind.

Wir sehen also, daß das Exekutivkomitee die französische Partei mit der größten Weisheitsgüte behandelt, ja ihr sogar ausdrücklich erlaubt hat, das Odium der Verantwortlichkeit für die Spaltung dem andern Teil zuzuwälzen.

Haben denn auch die französischen Sozialisten mit ihren Reformisten und Opportunisten die 3. Internationale ruinert, wie das von uns behauptet wird?

Diesels: Beobachtung können wir in England und Deutschland machen. In Deutschland erfolgte die Zerpfaltung der Unabhängiger mehr aus Gründen nationalen Charakters als aus internationaler Theorie und Praxis. In England nimmt die British Socialist Party, die einen eigenen Vertreter im Exekutivkomitee hat, ihrer eigenen Regierung gegenüber eine entgegenkommende Haltung ein, die unendlich weit mehr rechts als die unsre gerichtet ist.

Und die Politik der 3. Internationale, die sie in ihren Beziehungen zum Daily Herald und zur Labour Party vertreten hat, zeigt, daß sie es in andern Ländern weniger als bei uns auf Säuberung von Reformisten anlegt.

Die Waffenschiedungen in Thüringen.

Kommunistische Produktionskontrolle in der Praxis.

Vor einigen Tagen wurde aus Erfurt gemeldet, daß man in Thüringen großen Waffenschiedungen auf die Spur gekommen sei. Im Anschluß daran wurde von verschiedenen Verhaftungen berichtet. Ueber den Umfang der Schiedungen und die in Betracht kommenden Täter schwiegen sich die Behörden aus. Sie wollten annehmen, die feudale Gesellschaft, die die Schiedungen zu konterrevolutionären Zwecken vorgenommen hatte, nicht bloß hielten. Jetzt ist der Vorwärts in der Lage, einiges Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen. Es steht folgendes fest:

Der verhaftete Waffenschiedler Reil lernte in Erfurt den Hauptmann von Frankenberg kennen, der ihn beauftragte, 200 Pistolen und 125 000 Patronen mit Stahlmantelgeschossen zu beschaffen. Später wurde die Bestellung auf 500 Gewehre erhöht. Mit der Herstellung der Waffen wurde die Fabrik Ritzner in Jella (Thüringen) beauftragt. Von der bestellten Munition waren 80 000 Patronen durch die Firma Gustav Genschow u. Co. in Durlach (Baden) bereits geliefert und bei der Firma Haupt-Erfurt eingelagert worden.

Reil wurde dann bei dem Abschluß eines Schiebergeschäftes mit der Reichs-Treuhandgesellschaft, die für Frankenberg 25 000 Gewehrteile und 100 000 Patronen geliefert hatte, abgesetzt. Hauptmann von Frankenberg hat seinen Wohnsitz in Erfurt. Als die Waffenschiedungen bekannt wurden, zog es der tapferere Hauptmann vor, auszureisen. Aus den in seiner Wohnung gefundenen Papieren ging hervor, daß Frankenberg außer den Gewehren und der Munition noch folgende militärische Ausrüstungsgegenstände beschaffen sollte: 5000 Militär-Kochgeschirre, 5000 Brotbeutel, 2000 Feldmägen, 15 große Feldkissen, 1 komplette Großfunkstation, 100 000 Meter Feldkabel, 15 komplette Fernsprechanlagen, 5 Klingengeräte, 3 Sanitätswagen, Sanitätsmaterial für 3000 Mann, 4 Fernsprechvermittlungsstände u. a. m. Für jeden Posten waren Dednamen gewählt, um die Schiedung zu verschleiern.

Hauptmann von Frankenberg gehörte bis zum Herbst 1920 der sächsischen Sicherheitspolizei an. Die bei ihm beschlagnahmten Papiere ergaben, daß die zur Bestellung gegebenen Waffen- und Ausrüstungsgegenstände an Offiziere und Ritterguts

schwer in Thüringen verschoben werden sollten. Ein besonderer Verteilungsplan war festgelegt. Der Vorrat führt im ganzen 80 Personen an, die mit Waffen beliefert werden sollten, aber schon beliefert worden sind. Auch die Technische Not, Hilfe (1) in Erfurt tritt als Empfänger auf.

Interessant an dem Vorgang ist die Tatsache, daß die Massenbewegungen ausgerechnet in Thüringen erfolgen konnten. Bekanntlich haben dort die Kommunisten in den Betrieben die Oberhand, dieselben Kommunisten, die immer nach der Kontrolle der Produktion" schreiben. Fortgesetzt beschimpfen die kommunistischen Presse alle, die nicht ohne weiteres die kommunistische Parole aufnehmen. Dort aber, wo sie selbst Gelegenheit haben, die Kontrolle auszuüben, verlagern sie. Sie bringen es nicht einmal fertig, die Fabrikation von Waffen für die Reaktion zu verhindern. Sie können eben nur Kadaver machen und andre beschimpfen, aber zu praktischer Arbeit sind sie unfähig.

Erfurt, 21. Januar. (T.L.) Zu den Mitteilungen, die der Vorkämpfer in der Angelegenheit der Erfurter Waffenschleibungen machte, wird amtlich mitgeteilt, daß im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt eine Untersuchungskommission eingesetzt worden ist, die aus einem Oberregierungsrat des Reichsfinanzministeriums, einem Direktor der Reichsreuehandelsbank und einem Revisor des Rechnungshofes des Deutschen Reiches besteht.

Eine kommunistische Kampforganisat'on?

Berlin, 20. Januar. (Amtlich.) Gestern vormittag wurden sieben Führer der kommunistischen illegalen Kampforganisation in Westdeutschland festgenommen, unter ihnen der wegen seiner kommunistischen aufstrebenden Tätigkeit wohlbekannte Bergmann Schröder. Bei den Durchsuchungen wurde reiches Material über die Bildung einer roten Armee in Westdeutschland gefunden. Die Organisation baute sich in Bezirks-, unterbezirks- und Ortszweigen unter einer Oberleitung mit dem Sitz in Essen auf. Aus den vorgefundenen Papieren und aus dem Geständnis des Schröder ist festgestellt, daß der Plan auf den gewaltsamen Sturz der Regierung und der Verfassung und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats abzielt, sowie daß die KPD, als politische Partei den Aufbau unmittelbar unterstützt hat. Die sieben Festgenommenen, die größtenteils geständig sind, sind nach Soest verbracht und dem Staatsanwalt des Außerordentlichen Gerichts vorgeführt worden. Das Gericht selbst begibt sich heute noch nach Soest.

Man muß erst einmal nähere Einzelheiten abwarten, um beurteilen zu können, was an der Meldung richtig ist. Auffällig sind der Eifer und die Eile, mit der sich Staatsanwalt und Außerordentliches Gericht an die Sache heranmachen. Mit den Organisationsbanden hat man es bekanntlich nicht so eilig.

Der Gewerkschaftsbund zur Sozialisierungstrage.

Berlin, 21. Januar. (W. L. B.) Der Ausschuh des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm gestern zur Frage der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft Stellung. Er fordert in einer einstimmig angenommenen Entschlieung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues unter folgenden Bedingungen: Alle Erzfähige gehören der Nation. Die Ausbeutung wird gemeinschaftlich organisiert. Das Eigentum an Bergwerken wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen gemeinwirtschaftlichen Körper übertragen. Die Kohlenbewirtschaftung wird für das ganze Reich einheitlich geregelt. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichsarbeitsverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden. Den Arbeitern und Angehörigen ist ein Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaftsführung zu sichern. Die Preisregelung soll unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen. Die Gewerkschaften erwarten, daß die Reichsregierung es nicht zu folgenschweren Konflikten kommen läßt.

Eine einstimmig angenommene Erklärung wendet sich gegen eine eventuelle Auflösung der Sozialisierungskommission, wie sie vom Reichswirtschaftsminister im Reichstag wiederholt geäußert worden sei. Die Gewerkschaften sind gewillt, eine solche Verletzung des Abkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Nach einer Mitteilung der Freiheit steht auch die Afa (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) auf dem Boden dieser Forderungen.

Das Programm der Pariser Konferenz.

DA. London, 20. Januar. Aus amtlicher Quelle wird bekanntgegeben, daß die Konferenz der interalliierten Regierungen, die nunmehr endgültig auf den 24. Januar in Paris festgesetzt ist, sich mit der deutschen Entwaffnungsfrage, insbesondere mit den Einwohnern, beschäftigt wird, sobald mit dem ganzen Komplex des Wiederaufbauproblems und der Orientierung. Es wird für durchaus wahrscheinlich gehalten, daß Lord George des weiteren einen internationalen Kreditplan zur Debatte stellt, vorausgesetzt, daß die übrigen Programmpunkte dafür die nötige Freigabe sind. Eine weitere Frage, deren Dringlichkeit aller Voraussicht nach ungeäumte Prüfung erforderlich macht, ist die Notlage Desterreichs und die Gefahr der Auflösung dieses Staates. In englischen politischen Kreisen wird berichtet, daß eine Verständigung in der Entwaffnungsfrage sich leicht erzielen lassen werde. Was die Wiederaufbauangelegenheit angeht, so meint man, daß man in Anbetracht des Fehlens gewisser Informationen über die wahre wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands zur gegenwärtigen Stunde wohl zu einer Vertagung schreiben wird. Die Lösung der Probleme des nahen Ostens scheint nicht von gleicher Dringlichkeit. Die Feindseligkeiten zwischen Griechen und Kemalisten sind dort noch im Fluß, und bei dieser Sachlage scheint es wenig zweckmäßig, an Änderungen des Vertrages von Sevres zu denken, wenn die Ereignisse selbst es zu Wege bringen, automatisch jene Vertragsänderungen herbeizuführen.

Keine deutschen Arbeiter nach Nordfrankreich.

Paris, 20. Januar. Wie die Morgenblätter melden, hat sich der Wiederaufbaukongress dafür ausgesprochen, daß Deutschland jährlich für eine Milliarde Material zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete liefern. Der Kongress hat sich aber gegen die Zulassung deutscher Arbeiter nach Frankreich ausgesprochen.

Mitarbeit der C. G. T. am Wiederaufbau.

DA. Paris, 20. Januar. Die Delegierten der C. G. T. (Allgemeiner Arbeiterbund) beschäftigt, die Grundlagen des Programms für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete zu prüfen. Sie ist zu diesem Zweck in Reims eingetroffen, wo sie von Graf de Polignac, dem Präsidenten der Wiederaufbaugesellschaft, empfangen wurde. Sekretär Laurent erklärte, daß die C. G. T. das Ziel verfolgt, mit allen Kräften am raschen Wiederaufbau der Ruinen mitzuarbeiten.

Reichsauswendungen für Wohnungsneubauten.

Der Hauptausschuh des Reichstags beschäftigte sich bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums mit Wohnungs- und Siedlungsfragen. Es wurde eine Entschlieung angenommen, nach der in den Reichshaushaltplan für 1921 etwa 300 Millionen zur Förderung gemeinnütziger Siedlerberatung, sowie zur Volksaufklärung über das Siedlungsweesen eingebracht werden sollen. Angenommen wurde ferner eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Entschlieung, in den Haushalt für 1921 20 Millionen Mark einzusetzen zum Bau von Wohnungen für reichsdeutsche Flüchtlinge. Bewilligt wurden für Wohnungsfürsorge zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamte 2.030.000 Mk., für dieselben Zwecke im außerordentlichen Haushalt noch 10 Millionen, ferner zur Förderung der Neubautätigkeit durch Gewährung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen und Fertigstellung angefangener Bauten 925 Millionen Mark, außerdem noch 21 Millionen Mark zugunsten Lübeds. Für Vorkäufe zur Errichtung von Bergmannswohnungen wurden 300 Millionen genehmigt.

Die Bewilligungen des Hauptausschusses sind ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Wohnungsfrage ist und bleibt unlösbar, solange die Baustoffe und die Bauindustrie in den Händen des profitgierigen Kapitals belassen werden.

Deutsche Schulden im Ausland.

In Beantwortung der von der Entente gestellten Frage, wie hoch man in Deutschland ungefähr den Betrag des im Auslande befindlichen Papiergeldes und der Deutschland gewährten Kredite schätze, wird deutscherseits geantwortet, das im Auslande befindliche Papiergeld und die Kredite würden zusammen etwa 70 Milliarden Mark ausmachen, davon entfallen weniger als die Hälfte auf das Papiergeld. Eine Schätzung des deutschen Vermögens im Auslande sei nicht möglich, da keine statistische Methode bekannt sei, nach der man diese Summe feststellen könne.

Bayerische Freiheit.

Der Vertrauensmann der KPD, der Kommunist Horn in Regensburg, wurde in Schutzhaft genommen, ohne daß ihm irgendein Vergehen nachgewiesen werden konnte. Wohlwollig seine kommunistische Gesinnung scheint die Ursache zu seiner Verhaftung zu sein. In der „Begründung“, die der Staatskommissar für die Oberpfalz gibt, heißt es, daß von andern, der Polizei nicht bekannten Leuten Flugblätter der KPD verteilt wurden. Die kommunistische Neus Zeitung in München betont, daß Horn mit dieser Flugblattverteilung nicht das geringste zu tun gehabt habe. Die Polizei steck also unbedeutende politische Gegner ohne jeden Rechtsgrund in die Gefängnisse. Auch Bayern ist ja ein Teil der „freiesten Republik“ der Welt!

Reichstag.

Berlin, 20. Januar, mittags 1 Uhr.

um Regierungstisch: Koch, Dr. Wirth.

Eingegangen ist ein Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums, wonach dem Wunsche des Reichstags entsprechend bei der Reichspolizei zur Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr ein parlamentarischer Beirat eingerichtet werden soll.

Die Interpellation sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der beiden linkssozialistischen Gruppen, über die Vorgänge in Oberösterreich, wie ein Regierungsvertreter erklärt, in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden. — Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts (Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten). Die Vorlage wird bereits im Hauptausschuh des Reichstags behandelt.

Abg. Meitner (Kommunist): Die Mehrheit des Hauses will das Gesetz im Hauptausschuh verschleppen. Die Vorlage bringt den Beamten völlig ungenügende Zuschläge. Das Ganze ist eine Schelbung der Regierung mit den Parteien, die unter der Beamenschaft große Unzufriedenheit erregt. (Zuruf rechts: Die Verbände haben ja zugestimmt!) Die Gewerkschaftsführer haben zugestimmt, um dem Kampfe auszuweichen. Bei der bevorstehenden großen Beamtenbewegung werden diese Führer eine schwere Niederlage erleiden. Wir rufen die Beamten auf zum Kampf gegen Regierung und Reichstag.

Abg. Bräunig (U.S.): Da die Vorlage im Einverständnis mit den Gewerkschaften zustande gekommen ist, sehen wir zur Zeit von weiteren Forderungen ab. Da unsere Forderungen nicht durchgedrungen sind, werden weitere Kämpfe die Folge sein. Dann werden wir die Gewerkschaften unterstützen.

Damit ist die erste Lesung beendet. — Das Gesetz über die Ueberleitung der Reichspolizei in den Kreisen G u p e n und M a l m e d y wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Vertrag mit Danzig über die Regelung von Optionsfragen wird nach unwesentlicher Debatte in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Das Gesetz betreffend das deutsch-französische Abkommen über die Errichtung der von Elsaß-Lothringen geleiteten außerordentlichen Kriegsausgaben wird dem 9. Ausschuh überwiesen.

Fortsetzung der Debatte über die Zustände in Bayern.

Abg. Spahn (Zentrum): Die Handhabung des Art. 48 der Reichsverfassung ist ausdrücklich in die Hände der Reichsregierung und der Landesregierung gelegt und kann deshalb von einem Verfassungbruch nicht die Rede sein. Da die bayerische Verordnung nur der Beruhigung dient, können wir dem Antrage nicht zustimmen.

Abg. Thomas (Kommunist): Die Justiz der bayerischen Volksgerichte ist absolut gefehlos und widerspricht der Verfassung. Sie läßt Mörder und Räuber frei herumlaufen, während sie Politiker zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Wiederaufnahmeverfahren sind selbst bei Nachweis von Meineiden und falschen Angaben unmöglich, und das Reichsgericht hat sich als unzuständig erklärt, da es die Volksgerichte nicht anerkennt. Es finden unmotiviert Hausdurchsuchungen statt und die Schutzhaftlinge dienen nur als Geiseln der Reaktion gegenüber dem Proletariat. Die Rechtsprechung steht in diametraler Gegenlag zu der im Reich. Redner erwähnt die Fälle des Landtagsabgeordneten Eisenberger und des Redakteurs Ehrhard. Die Volksgerichte sind nicht volkreundlich, sondern volkgefährlich. Ein Rettungshäftling ist auf einem Wege, zu dem man mit dem Schnellzug 18 Stunden braucht (Nichtenau-Elberfeld) 18 Tage lang transportiert worden. Es waren für ihn Tage der Qual, an denen er gefesselt durch die Städte geführt und in einer Welle behandelt wurde, wie es sich kein Zuchthäuser gefallen zu lassen brauchte. Mit tiefstem Mitleiden denken wir an einen der besten Demokraten Bayerns, seinen Hauptschuldigen, den Justizminister Müller-Meinungen. Diesen Mann, der die Gefangenen bis aufs Blut gepölnert hat, nannte Erich Mühsam einmal einen Lumpen, wofür er zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Ich habe dieser Bezeichnung nichts hinzuzufügen. Die Zensur unterschlägt Briefe an Reichstagsabgeordnete. Das ist widerrechtlicher, gemeiner Diebstahl. So sieht es in Bayern aus! (Zuruf des Abg. Ra u d. Bayr. Volksp.: Wir sind zufrieden damit!) Das glaube ich wohl, aber beschlagen Sie sich dann nicht über die Notizen! Demokratie bedeutet ja wohl gleiches Recht und gleiche Pflicht für jeden. In Bayern hat heute das Recht der Militärliste, die Pflichten hat das arme Volk. Wenn man so fortfährt, so erreicht man, daß das Volk aufwacht, und der Tag der Erkenntnis wird auch der Siegestag des Volkes sein. (Lebh. Beifall auf der äußersten Linken.)

Abg. Simon (Soz.): Das Ministerium Hoffmann war sich darin einig, der Belagerungszustand sei sofort aufzuheben, sobald wieder Ruhe eingetreten sei. Ausnahmezustände können zu Zeiten notwendig werden, dürfen aber niemals Dauerzustände werden. Bayern hat damals das Recht des Reichspräsidenten, den Belagerungszustand aufzuheben, ausdrücklich anerkannt. Herr Straßmann glaube wohl gefehlt, sich hier in einem Theater zu befinden. Was soll man auch zu einem Politiker sagen, der gemeinen Meuchelmord nicht von dem politischen Mord eines Adlers unterscheiden kann. Ein so berüchtigter Hecker wie er darf sich nicht über kommunistische Feinde beklagen. Er ist doch erlähmt, seitdem er die bewußte Verbreitung schmutziger Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie eingesehen mußte. Dieser wilde bayerische Partikularist ist ein guter Freund, der seit einigen Jahren in Erlangen als Professor doziert. Solche Urbauern sollten uns doch mit ihren Belehrungen verschonen. Dem Kollegen Emminger sollte das ungeheure Material über Rechtsbrüche und Schikanen doch genügen, um das Unhaltbare dieses Zustandes einzusehen. Die Mehrheitssozialisten haben im Räteparlament alles getan, was möglich war, als es galt, seinen Mann zu stellen. Dagegen vertrieben die um Emminger wie bei der Revolution sich im Maulschloß und waren erst da, als die Reichswehr einrückte. Im dem Zuge nach rechts in Bayern tragen die Kommunisten die Schuld, und die Folge der Rätezeit ist die Regierung Kahr. Die Verantwortung für die Zwischenfälle in Regensburg und Augsburg trägt nur Wasser auf die Mühle der Kommunisten getrieben. Jetzt haben wir die Möglichkeit, das Unrecht an der bayerischen Arbeiterschaft gut zu machen, das diese schon so lange erduldet.

Abg. Unterleitner (U. Soz.): In Bayern spielt sich der soziale Kampf in härteren Formen ab als im übrigen Reich. Er hat um Ausnahmezustand geführt, der ein einschichtiges Machtmittel der Reaktion für die Monarchie ist. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes muß doch wohl auch eine Forderung der bürgerlichen Demokratie sein. Um so mehr wundere ich mich über die Ausführungen des Reichsministers des Innern, die nur eine Verschlebung des Antrags bedeuten. Die bayerische Regierung hat die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes durch Pöbe und Schwindel begründet. Der geschickte Herr Heim hat die Dummheit des Herrn Kahr in die richtige Bahn gelenkt, und dieser glaubt gern an Bewaffnungen in Oberfranken, an bewaffnete Arbeiter und rote Ausschüßten. Die bayerische Volkspartei hat die Unwissenheit oder Abhängigkeit breiter Massen für ihre parteipolitischen Zwecke ausgenutzt. Trotzdem die bayerische Volkspartei kaum 100.000 Stimmen mehr als die Sozialisten hat, brüdt sie Staat und Regierung ihren Stempel auf und läßt keinen andern Einfluß zu. Wenn wir aber für die bayerische Arbeiterschaft eintreten, dann spricht man von Ueberhebung. Die bayerischen Staatskommissare herrschen unumschränkt und sehen sich über alle Bestimmungen der Verfassung hinweg, sie sind für Bayern das, was die Oberkommandierenden während des Krieges waren. Staatssekretär Schwegler hat im bayerischen Landtag sehr offen erklärt, der sozialistische Reichspräsident habe bisher keinen Anlaß gefunden, die Ausnahmebestimmungen aufzuheben. Diese rüchten sich nur gegen die Arbeiterklasse Bayerns. Studenten, ehemalige Offiziere und Hochschullehrer dürfen unhindef Demonstrationen veranstalten, wenn es gilt, ein richterliches Urteil, das gegen einen der Ihren in Schwere ist, zu beeinflussen und patriotisch-monarchistische Ansprachen halten. Auf der einen Seite Nachsicht, auf der andern brutale Gewalt. Während in deutschnationalen und deutschösterreichischen Arbeitervereinigungen ungehindert zum Totschlag gegen gewisse Personen aufgefordert werden darf, verlangt kürzlich noch ein bayerischer Bezirkshauptmann, daß unsere Verammlungen vier Tage vorher angemeldet und Mitteilungsverzeichnisse, Rednerlisten usw. eingereicht werden müssen. Wer von uns nach Bayern kommt, um zu sprechen, muß sich vorher in eine Lebensversicherung einschreiben lassen, wenn er nicht ganz im Sinne der Antifemiten und Reaktionäre spricht. Mich selbst haben Studenten mit Totschlag bedroht, Herr Dr. Straßmann hat kein Recht, von Adler als Meuchelmörder zu sprechen, denn nach der Revolution haben seine Kreise ganz offen zur Ermordung Eisners aufgefordert. Tollers Wandlung wurde in ganz Bayern verboten. Den Wucherbeamten werden von den Bauern die größten Schlägen geleistet. Das ist die Sicherheit in Bayern unter dem Ausnahmezustand. Die bayerischen Volksgesichte durchbrechen die Rechtseinheit des Deutschen Reiches. Es wurden der Regierung Hoffmann von der Reaktion abgezwungen. Beim Kapp-Putsch stand die bayerische Klassenjustiz in ihrer größten Blüte. Ehrlichkeit und Kahr werden, auch wenn sie noch so sehr von der Reichsregierung unterstützt werden, den Siegeszug des Sozialismus nicht aufhalten können. (Beifall bei den U. Soz. und Kom.)

Abg. Dieterich (U. Soz.) rügt die beleidigenden Zwischenrufe gegen den bayerischen Regierungsvertreter und erteilt dem Abgeordneten Lebedour einen Ordnungsruf. (Großer Lärm auf der äußersten Linken.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Simon (Soz.) und Emminger (Bayr. Volkspartei) findet die namentliche Abstimmung über den Antrag Aderhold (U. Soz.) statt, der die Regierung ersucht, die Aufhebung der von der bayerischen Regierung getroffenen Maßnahmen zu bewirken. Der Antrag der Unabhängigen wird mit 181 Stimmen gegen 124 abgelehnt.

Es folgt die 2. Lesung der Vorlage über die Teuerungszulagen der Beamten.

Abg. Meitner (KPD) wirft der Gewerkschaftsbureauftraite vor, daß sie durch die Annahme des Regierungskommissionsprotokollages der Entschlieung durch den Streik aus dem Wege gegangen ist und beantragt, die ursprünglichen Vorschläge der Gewerkschaften wieder herzustellen.

Abg. Bräunig (U. Soz.) erklärt, der Regierungsvorlage zuzustimmen, aber dennoch, um keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, den Beamten zu helfen, auch dem kommunistischen Antrage zustimmen zu wollen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr: Anfragen, kommunistische Interpellation über das Amnestiegesetz, kommunistische unabhängige Interpellation über Flensburg, Reichshaushalt.

Schluß 1/8 Uhr.

Von Nah und Fern.

Bestige Stürme in Frankreich.

Paris, 20. Januar. Wie die Blätter melden, wird ein Teil von Frankreich, darunter Paris, seit vorgestern von außerordentlich heftigen Stürmen heimgesucht. Paris ist vom Telephon- und Telegraphenverkehr, besonders mit dem Norden und mit dem Oden, völlig abgeschnitten. In Ostfrankreich, besonders in der Gegend von Nancy, hält das schlechte Wetter und der Sturm an. Es hat gestern nachmittag auch geschneit. Das Thermometer zeigt 10 Grad unter Null.

Ein italienischer Kreuzer strandet.

Paris, 20. Januar. Nach einer Funkmeldung des Echo de Paris aus Naccio ist ein italienischer Kreuzer bei Porto Vecchio gestrandet.

Überschwemmung in Mexiko.

Paris, 20. Januar. Nach einer neueren Havasmeldung aus Mexiko sind in Chahuaca infolge der Überschwemmung 100 Personen ertrunken und 200 verletzt. Etwa 1000 Personen sind obdachlos. Der Schaden ist sehr groß.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleischer in Leipzig.

Verantwortlich für den literarischen Teil:

Friedrich Pflüger, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Feinstact Buchdruckerei Wittmannsche Buchdruckerei, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

**Freitag, den 21. ds. Monats und
Sonnabend, den 22. ds. Monats**

sind die beiden letzten Tage
unseres Inventur-Ausverkaufs.



Wer Geld sparen will, dem ist Gelegenheit geboten,
zu auffallend niederen Preisen gute und allerbeste
Konfektion zu erwerben.



Unsere Ausverkaufs-Serien sind:
für Herren-Anzüge, -Paletots und -Mäntel
Mk. 375 = 475 = 600 = 750 = 900
für Jünglings-Anzüge, -Mäntel und -Schlülfer
Mk. 275 = 375 = 475 = 600 = 730
für Knaben-Pyjacks, -Schlülfer und -Anzüge
Mk. 95 = 125 = 175 = 275 = 375 = 475

Man beachte unsere Schaufenster

Bamberger & Herz
Leipzig Augustusplatz

Wo kaufen Sie
Ihre Hüte?
Wir verkaufen umgepreichte
Herren-Hüte
per Stück 30 Mark
Kulprefferei
Crimmischer Steinweg 6,
Werkstelle Hof rechts.

Metallbetten
Stahlbrautmatr., Kindbett,
Polster an jedem, Katalog frei
Eisenmühlstraße, Subl. 1. Zdr.

U.S.P.D.
Groß-Leipzig
ParteiSekretariat Tauchaer Str. 19/21, 1
Telephon 18025

Hänichen-Lüßchena. Sonnabend, den 22. Januar, abds. 8^{1/2} Uhr, **Mitgliederversammlung** im Kasino. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Groß- u. Klein-Mittig. Sonnabend, 22. Januar, abds. 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Kasino. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Oehrer, Leipzig, vom Zentralverband prolet. Freiender: Kann ein Arbeiter noch der Kirche angehören? 2. Vereins- und Gemeindeangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Das wichtige Thema erfordert, daß alle Mitglieder, ganz besonders die Frauen, die Versammlung besuchen. Gäste willkommen. D. V.

Modau. Sonnabend, den 22. Januar, abds. 8^{1/2} Uhr, **Mitgliederversammlung** im Lindenhof bei Stange. Tagesordnung: Die kommunale Steuerpolitik. Ref.: Gen. Scheib. 2. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet vollständigen Besuch. Der Vorstand.

Kleinzißhauer. Sonnabend, den 22. Januar, abds. 8^{1/2} Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Terrasse. Vortrag: Die Stellung der Frau in der Politik. Rednerin: Gen. Thiel. Ausprache. Parteiangenheiten. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch. Zahlreichem Besuch steht entgegen. Der Vorstand.

Taucha, Unterbezirk Osten II. Sonntag, 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, **Konferenz der Gemeindevorsteher, Schulausschuss und Elternratsmitglieder** der Ortschaften Taucha, Gortitz, Thelma, Dewitz-Döbitz, Grasdorf, Grabsfeld, Seegeritz, Menzsch, Plaußitz, Schöls und Wölsch im Goldenen Löwen in Taucha. Tagesordnung: Schulfragen (Mädchenfortbildungsschule). Zweifelsfälle. Ref.: Genosse Papst, Leipzig. Um zahlreichen Besuch bittet. Die Bezirksleitung.

Wahren. Sonnabend, den 22. Januar, abds. 8^{1/2} Uhr, **Mitgliederversammlung** im neuen Vereinslokal bei Schmidt, großes Birkenhölzchen, Eingang König- oder Annesstraße. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Otto Holmann (Thema wird in der Versammlung bekanntgegeben). 2. Diskussion hierzu. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Zwenkau. Die Bibliothek ist wieder Sonntag, von 11-12 Uhr vormittags, geöffnet. Bei der Entnahme von Büchern ist das Mitgliedsbuch vorzulegen. Für jedes geliehene Buch ist eine Mark zu hinterlegen. Um fleißige Benutzung der Bibliothek bittet. Der Vorstand.

Achtung! Beamte! Achtung!
Montag, den 24. Januar 1921, abends 7 Uhr
Beamten-Versammlung
im Volkshaus (Gesellschaftssaal).

Tagesordnung:
1. Die Beamten und der Sozialismus. Redner: Landtagsabgeordneter Genosse Hermann Müller. — 2. Freie Ausprache.
Wir erwarten zahlreichen Besuch dieser Versammlung.
Der Beamtenauschuß der U. S. P. D.



Paul Baumann
Fischwaren-Groß-Handlung
Tel. 14122 Windmühlenstr. 42

Nur durch
Groß-Einkauf
möglich!
Der zweite Wagon
Grüne Serringe

trifft heute ein
Pfund 1.75 3 Pfund 5.00
Gratis Auf 3 Pfund 1 Pfund Gratis
frische Wismutmelange
1 Wagon prachtvolle
blutfrische Schellfische
Pfund 2.75 3 Pfund 8.50
Gratis 1/2 Pfund Tafel-Genf. Gratis
Große Einfuhr feinsten
Kieler Fett-Büchlinge
Pfund 5.50 Kiste 25.00.
Fisch-Marinaden und Delikatessen
Delfardinen
zu billigsten Preisen.

„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“
von Karl Marchionni. — Preis 2 Mk.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zentrale Leipzig

Betriebsrätesekretär gesucht.
Für die Ausbildung in den durch das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten zugewiesenen Aufgaben wird ein geeigneter Kollege gesucht. Als Bewerber sind nur Verbandsmitglieder zugelassen. Bewerber müssen organisatorische Fähigkeiten besitzen und imstande sein, die Betriebsräte der verschiedenen zu unserer Industrie gehörigen Betriebe aufzusuchen und denselben in allen Fragen behilflich zu sein. Im Bewerbungsschreiben sind Alter und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung anzugeben, außerdem ist ein selbstgeschriebener Aufsatz über die Tätigkeit eines Betriebsrätesekretärs beizufügen. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des Verbandstages und den für die Ortsbeamten unserer Zentrale festgelegten Bedingungen. Bewerbungen sind bis 28. Januar 1921 an den Bevollmächtigten der hiesigen Zentrale, R. Sabu, Gerberstraße 1, II., einzureichen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Leipzig

Betriebsräte, Obmänner, Vertrauensleute!
Für diese Kollegen veranstalten wir im Februar 1921 einen **Unterrichtskursus Arbeitsrecht.**
Leiter: Arbeitersekretär Genosse Jablonski. Die Unterrichtsabende sind am **Dienstag, dem 1., 8., 15. und 22. Februar.** Unterrichtslokal: **Volkshaus, Zimmer 9.** Beginn abends 7 Uhr. — Es ist zunächst nur eine begrenzte Teilnehmerzahl zugelassen. Bei großem Andrang wird der Kursus wiederholt. Die Teilnehmerkarten sind gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches während der üblichen Geschäftsstunden im Verbandsbureau in Empfang zu nehmen. Die Kursusteilnehmer sind im Interesse der Sache verpflichtet, an jedem der vier Abende teilzunehmen. Der Kursus ist kostenlos. **Die Ortsverwaltung.**

Freitag, den 28. Januar
Großer Kunst-Abend
im **Zentraltheater-Gesellschaft**
unter Mitwirkung bedeutender Kunstkräfte.

Die Teilnehmer führen am Sonntag, dem 23. Januar, Eintrittskarten zum Werte von 3.— Mk. bei sich. Außerdem sind Karten auch im Bureau und an der Abendkasse zu haben. Wir laden zu zahlreichem Besuch ein. **Die Ortsverwaltung.**
Groß- und Einzelhandel Dienstag, den 25. Januar, abends 7 Uhr, im **Volkshaus, Zeitzer Straße 42. Große Versammlung** der **Handlungen.** Sorgt für Massenbesuch. **Die Fachgruppenleitung.**

Metallarbeiter-Verband

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der abends 8-11 Uhr. Tel. 0784. Wunsche entliehen werden. Krankmeldungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Achtung, Kollegen!
Die am Montag, dem 17. Januar beschlossenen **Extra-Beiträge** sind zunächst für die laufende und die nächste Woche abzuführen.

Elektromonteur und Helfer.
Sonnabend, den 22. Januar, abends 6 Uhr, im Volkshaus: Betriebsräte- und Vertrauensmänner-Sitzung.

Norden. Montag, den 24. Januar, abends 7 Uhr, im **Wald-Auskant:** Sitzung der Vertrauensmänner und Betriebsräte. Das Erscheinen aller Kollegen ist infolge wichtiger Tagesordnung notwendig. **Das Agitationskomitee.**

Kaninchenzüchter-Verein Leipzig-Nord.
Neunte große lokale Kaninchen- und Produkten-Schau

unter Beteiligung des **Internationalen Hasenklubs**, Zweigstelle Leipzig, am 22. und 23. Januar, in der **Turnhalle zu Leipzig-Gohlis**, Halberstädter Straße, Linien 6, 10, 12 und 20. **Große Kaninchen-Tombola.**

Freireligiöse Gemeinde Leipzig.
Sonntag, den 23. Januar, vorm. 10 Uhr, **Frauenberufsschule, Sonntagfeier** (Vortrag: Selbsterlösung). Anschließend 11 Uhr: **Gemeindeversammlung.** T. O. Vorkands- u. Rechenschaftsbericht. Beschlüsse der Landesversammlung. — **Bezirg Westen:** abends 6 Uhr **Lindenau, Restaurant Sophienburg, Köfener Straße, Versammlung mit Vortrag** von Dr. Rippenberger über: **Die Entwicklung der Menschheit.**

International. Bund der Kriegsoffer (Deutschland) Ortsgruppe Leipzig. Montag, den 24. Januar, abds. 7 Uhr, im Volkshaus **Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.** Stellungnahme zum Bundestag. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Die angelegten Untergruppenversammlungen fallen aus. **Der Vorstand.**

Familien-Nachrichten

Mittwochabend, 3 Uhr, entließ sanft und unerwartet unsere liebe Tochter **Ida Hartisch** in tiefstem Schmerz. 2. Stöckerstr. 9, II. Die Eltern im Namen sämtlicher Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Montag, den 24. 1. 21, 3 Uhr, von der Kapelle des Sibirienhofes aus statt.

Dank. Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche uns bei dem Begräbnis meiner unvergesslichen Tochter, unserer lieben Schwester, Schwägerin, Tante, **Ida** bereiten und welche uns allen lieben Verwandten und Bekannten, die den Sarg so reich mit Blumen schmückten, unseren herzlichsten Dank aus. Besonders Dank Herrn Pfarrer Niedner für seine tröstlichen Worte am Grabe, Herrn Kantor Fleischer nebst der Schuljugend für den erhabenden Trauergesang, Tiefempfindenden Dank der lieben Jugend für den Kranz und Säule, Blumenkranz, Geldpende und leiches Geleit, sowie für das bereitwillige Tragen zur letzten Ruhestätte. Besonderen Dank der Firma Stör & Co. für den schönen Blumenkranz und ihren Mitarbeiterinnen der neuen Zwirnerei für die schöne Fächerpalme und leiches Geleit zum Grabe. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan. Dir aber, liebe gute Ida, rufen wir ein Ruhe sanft in dein viel zu frühes Grab nach. In tiefer Trauer **Ernst Kleeberg**, den 19. Januar 1921. **L. Lindenau.**
Aug. vorw. **Haubnerlöhner** nebst allen Hinterbliebenen.

Dank. Zurückgeführt vom Grabe meines lieben unvergesslichen Vaters und lieben Vaters, des Formers **Karl Kühne** lage ich allen für die Liebe und Achtung, durch welche sie meinen lieben Entschlafenen ehrten, meinen tiefgefühltesten Dank. **L. Lindenau, Merseburger Str. 122.**
In tiefem Leid **Lisbeth Kühne** nebst Kindern.

Statt Karten.
Beim Hinscheiden meiner teuren, unvergesslichen Gattin, unserer treuherzigen Mutter **Frau Auguste Härtling** geb. **Oelschlägel** haben wir so viele Beweise ehrender und herzlicher Teilnahme, sowie herrlichen Blumenkranz erhalten, daß wir bitten müssen, unseren wärmsten Dank nur hierdurch entgegennehmen zu wollen. **Leipzig-St. 20, den 20. Januar 1921.**
Gustav Härtling zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Januar.

Parlamentsangelegenheiten.

Marxismus und aktuelle Politik.

Der dritte Vortrag des Genossen Seger über das obige Thema findet Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Volkshaus für die Rednervereinigung der USP. statt.

Dillig. Die Versammlung des Ortsvereins fällt morgen Abend aus.

Frauenabend der Ortsvereine V. Böhmig und L. Dillig. Montag, den 24. Januar 1921, abends 1/8 Uhr, im Gambirius, Waldwitzer Straße 1. Gen. Blottke jun. wird Gedichte von Freiligrath vortragen.

Messbaupläne.

Zu einer Besprechung neuer Messbaupläne hatte das Messamt einen Kreis von Interessenten geladen. Herr Bauat Eschammer sprach über das Projekt, in den Anlagen am Schwanenteich, also in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes, einen Messeturm für mindestens 3000 Aussteller zu errichten. Die Angaben waren ziemlich dürftig und unbestimmt und in keiner Weise geeignet, besondere Propaganda für das Unternehmen zu machen.

Größeres Interesse erweckten schon die Ausführungen des Herrn Dr. Ruhn, der seinen Plan entwickelte, ein neues Messzentrum am Königsplatz zu schaffen. Er will den Platz, der sich jetzt in städtebaulicher Hinsicht als ein sadartiges Anhangsel des Promenadenringes darstellt, an der Nordseite durch einen großen Messpalast schließen. Das Häuserdreieck Königsplatz-Konnenmühlstraße-Kathausring will er niederreißen und an seiner Stelle ebenfalls einen großen Messpalast errichten. Ebenso gedenkt er mit dem Häuserblock zwischen Königsplatz und Markthallenstraße zu verfahren. Alle drei Messpaläste sollen organisch miteinander verbunden werden und 26 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche bieten, während sämtliche Holzbaracken insgesamt nur 11 000 Quadratmeter hergeben.

Zwei Kellergeschosse und das Dachgeschoß sollten Stapelraum für Risten usw. werden, die bei den großen Höfen und den weiten Fronten von den Lastwagen ohne Verkehrsstörungen rasch entladen werden könnten, eine Möglichkeit, die beim Messeturm überhaupt nicht gegeben sei. Sein Plan hätte das Prinzip der Konzentration der Messe, zerlöste nicht das Stadtbild durch Errichtung eines unheimlichen Turmes und würde den Königsplatz zur "guten Stube" Leipzigs machen. Sollte die Bedeutung der Messe noch weiter wachsen, so könne man das Gelände, auf dem das Panorama steht und schließlich das der Markthalle mit einbeziehen und so immer die Einheitslichkeit wahren und die Zersplitterung vermeiden.

Telste der Vorredner über die Kosten des Turmes mit, daß sie im Herbst 1919 auf 30 Millionen geschätzt worden seien, so begünstigte sich Herr Dr. Ruhn mit der tröstlichen Versicherung, daß die Ausführung seines Planes finanziell "nicht unmöglich" sei.

Herr Stadtbaurat Böhler in g, der als dritter Referent sprach, wies darauf hin, daß sich auch Leipzig in der Entwicklung zur City befindet. An Stelle der schönen alten Bauten treten moderne Geschäftshäuser. Die Altstadt mit ihren schmalen Straßen könne aber immer mehr wachsenden Verkehr nicht aufnehmen. Sie müsse deshalb rechtzeitig entlastet werden. Die Erweiterung des Gebietes für die Messe sei eine gesunde Entwicklung, die man bewußt fördern müsse. Der Messeturm störe aber diese Entwicklung, er fessele den Verkehr, fördere also die Citybildung. Durch dieses neue Messzentrum werde der Bahnhofsverkehr mit dem Verkehr des Zentrums vereinigt, statt daß man den letzteren von dem ersteren abdrängen müsse. Heute schon verkehren am Hauptbahnhof in jeder Minute 6 bis 8 Wagen der Elektrischen, das sei soviel wie in der Zeit der Iba, trotzdem wir keinen störenden Geschäftsgang haben! Wir dürften trotz Anlagen nicht verbauen lassen. Wir müssen das Grün in das Innere der Stadt zu ziehen suchen. Der Charakter des Großplatzes eines Stadtbildes wird durch die Anlagen wesentlich mitbedingt.

Der Redner kritisiert dann den geplanten Monumentalbau der Internationalen Zentral-Weißhandelspalast-Allianzgesellschaft. Die Gesellschaft will gleich das ganze Areal der Schwanenteichanlagen für 30 Millionen Mark von der Stadt haben und mit einem Messenpalast bebauen, der 1 Milliarde Mark kosten soll. Ein 40 Meter hohes Gebäude soll an nur 20 Meter breiten Straßen errichtet werden. Unter allgemeinem Beifall lehnt der Redner dieses waghafte "amerikanische" Projekt mit den Worten ab: Solche Ideen gehen nicht von Städtebauern, sondern von phantastischen Laien aus.

Der Stadtkern müsse entlastet werden, Freiflächen müssen für den sich später steigenden Verkehr freigehalten werden. Er schlägt vor, das bisherige Zentrum nach dem Frankfurter Tor auszuweihen, dort rechts und links der 60 Meter breiten Straße je einen elfgeschoßigen Messpalast zu errichten, die durch Straßenübergänge zu einem geschlossenen Ganzen verbunden werden. Eine solche Schöpfung würde auch den privaten Unternehmungsgelbst veranlassen, das übrige Areal der Frankfurter Wiesen zu erschließen.

Der Redner schloß seine Ausführungen damit, daß die praktische Lösung — da es doch darauf ankomme, jetzt bald etwas zu schaffen — vielleicht die Umgestaltung des Graßmuseums zu einem Messpalast sei. Hinter der Johannisstraße könne dann der Neubau eines Museums entstehen.

Der vierte Redner des Tages, der Direktor des Messamts, Herr Dr. Köhler, sprach über Finanzierungsprobleme. Er führte aus, daß bei der Spende von 7 1/2 Millionen, die das Reich für den Bau von Messhallen in Königsberg gegeben hat, politische Gründe maßgebend sind, die für Leipzig nicht in Frage kommen. Die Stadt habe in den letzten zwei Jahren zwar 12 Millionen zu einem niedrigen Zinsfuß hergegeben, doch seien beim letztenmal schon 8 Millionen gestrichen worden. Die Aussteller selbst werden die Frage mit lösen helfen. Gesellschaften der beteiligten Industrien bemühen sich, Räume zu schaffen, z. B. die Textilindustrie die Schuh- und Lederindustrie, das Buchgewerbe, die Deutsche Messhandelsgesellschaft, das Schweizerhaus, das tschechoslowakische Haus. Weitere Möglichkeiten böten sich, wenn es gelänge, die einzelnen Aussteller auf dem Wege der Anleihe zur finanziellen Beteiligung heranzuziehen. Er hofft, auf diesem Wege erhebliche Summen zusammenzubringen, doch sei eine Weiterentwicklung nur mit tätiger Unterstützung der Stadt denkbar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Roth freute sich zwar über soviel gesunde Optimismus, meinte aber, das Königsplatz-Projekt habe keine Aussicht auf Erfolg, weil es Wohnviertel beseitigen wolle. Da die Konzentration der Messen seiner Meinung nach ein Vorteil ist, so kann er sich auch für die Pläne Böhlerings nicht erwärmen. Auch beim Turmbau sah er keine Möglichkeit der Durchführung. Außerdem vermisse er bei allen Plänen eine Durchsicht auf ihre Rentabilität hin. Und so schickte er die Geladenen nicht gerade flüger heim als sie gekommen waren.

Wohltätigkeitsfeste.

Wenn ein Leipziger Großkaufmann seiner hungernden Kontorklavin eine Gehaltszulage bewilligen soll, wenn die Buchbarone, die Industriellen ihren darbenenden Arbeitern und Angehörigen höhere Löhne geben sollen, erklären die Herrschaften, daß sie dazu nicht imstande wären, weil ihre finanzielle Lage überaus

schlecht wäre. Diese Schichten finden sich aber an den Abenden in den Schlemmerlokalen zusammen, wo es hoch hergeht. Und wenn gar ein Wohltätigkeitsfest mit Ball veranstaltet wird, sind sie zur Stelle, und der Sekt fließt dann in Strömen.

So war es auch am 19. Januar. Die „bessere Gesellschaft“ Leipzigs gab sich anlässlich der Künstlerredoute im Zentraltheater ein Stelldichein, um Wohltätigkeit zu üben. Nicht an anderer Stelle, o nein, sondern am eigenen. Die herzlichsten Sachen, die das schaffende Volk nur vom Hörensagen kennt, wurden hier verzehrt. Damit die „fettlosen Speisen“ auch im Magen ankommen, trank man Sekt dazu (die Flasche kostet 160 Mk.). Die besitzende Klasse braucht ja Sekt, Wein und perverfen Tanz-Timmer, wo sie auch zusammenkommen mag. Die Stimmung wurde immer animierter. „Was stört uns Nichtsperte, was Polzeistunde.“ Nur für den Peps. — Nachts 1 Uhr!

Endlich kamen die Hüter der Ordnung. Rufe, wie: Ihr Spartakisten usw. wurden laut. Ein Lärm setzte ein: „Wir gehen nicht nach Hause, holt doch Maschinengewehre“ usw. Man besand sich im Tollhause. Nur nachts, bei Wein und Weiß lernt man unsre oberen Jehntausend kennen. Sonst nicht. Die Polzeibeamten muhten zuerst das Feld räumen. Von neuem wiederholte sich die Komödie, sobald die Schutzleute auf der Bildfläche erschienen.

Es war bereits 1/2 Uhr. Das Orchester macht Jeterabend. Die andern aber nicht. Jetzt setzte es erst richtig ein. Die Tomhola ging glänzend. Auch einige kleine lebende Schweine wurden mit verlost. Einhundert Mark das Poo. Wie heißt doch gleich das Wort: Dem Reinen ist alles rein, dem Schwein ist alles Schwein. Es ging nun bereits auf 3 Uhr früh! Ein Herr betrat die Bühne: Meine Herrschaften, der Herr Polzeihauptmann „wünscht“, daß Sie nach Hause gehen! Bis spät nach Mitternacht waren sämtliche Räume des Zentraltheaters hell erleuchtet! —

Der Bevölkerung wird das Gas gesperrt. Arme Frauen und Kinder müssen frieren. Die andern aber selern auf Kosten der Allgemeinheit Orgien und üben Wohltätigkeit.

Und die Polizei schreitet schonend ein, anstatt die Bude Punkt 11 1/2 Uhr rickstichlos zu räumen. Die Beamten stehen sich nachts auf der Straße die Beine in den Leib, weil man den Herrschaften zart entgegenkommen will. Deshalb können sie auch die Polzeistunde um mehrere Stunden überschreiten.

Das Leipziger Tageblatt und natürlich auch die L. N. N., die Organe der schleimenden Bourgeoisie, wünschen für solche Wohltätigkeitsfeste Ausnahmen. Das könnte gut werden. Dann hätten wir bald in allen Weinstuben, Diefen usw. nur noch — Wohltätigkeitsfeste! Würde das ein Treiben werden. Nein, so geht es nicht. Ist einmal infolge des Kohlenmangels eine Polzeistunde festgesetzt, so muß sie auch von allen Schichten eingehalten werden. Am allerwenigsten dürfen der sehtausenden Bourgeoisie irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden.

Eine Vortragsreihe für Beamte

mit freier Aussprache zur Einführung in den Sozialismus hat der Beamtenauschuß der in der USP. organisierten Beamten geplant. Angelehnt der noch in weitaesten Kreisen herrschenden Unklarheiten über die sozialistische Bewegung, deren Bedeutung und namentlich deren Verhältnis zum Beamten bedeutet dies eine willkommenere Gelegenheit, sich in zwangloser Weise mit diesen Fragen zu befassen und sich darüber aufzuklären.

Ein Vortrag fand bereits am 17. Januar im Volkshaus statt. An Stelle des durch wichtige Arbeiten behinderten Landtagsabgeordneten H. Müller sprach Genosse Knyfel vor etwa 400 Beamten in sehr gut verständlicher Weise in großen Zügen über die wichtigsten Punkte des Sozialismus. Er entrollte ein Bild über den Entwicklungsgang des Sozialismus und führte aus, daß bereits weiteste Kreise ins Proletariat gesunken seien, die ihre Klassenlage aber noch nicht erkannt hätten, darunter auch Teile der Beamtenschaft. Es gäre aber unter ihnen. Langsam erkannten sie, daß die Not sie an die Seite des Arbeiters zwingt. Knyfel ging dann auf die frühere Stellung und Erziehung der Beamten ein, die rein konservativ war, und kam dann auf die wirtschaftliche Lage zu sprechen. Alle Teuerungszulagen könnten nicht helfen, nur eine Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsform bringe Abhilfe. Das habe die Arbeiterklasse längst erkannt. Die bürgerlichen Parteien suchten die Verwirklichung des Sozialismus zu hinterziehen, trotzdem sie erkannt hätten, daß Abhilfe geschaffen werden müsse. Dr. Wirth habe inoffizielle Zugeständnisse zur Sozialisierung des Bergbaus gemacht, da er keinen anderen Ausweg sehe. Knyfel kennzeichnete die Unternehmerwillkür und wies dabei auf die Birmanischer Schussfabriken hin, die 1919 ihre Betriebe schlossen, die Arbeiter auf die Straße warfen, angeblich wegen Ueberfüllung des Marktes mit Schuhwaren. Genosse Knyfel kennzeichnete dann unter anderem auch die Lächerlichkeit der Behauptung in den L. N. N. über den Zusammenbruch des Marxismus. Dieser sei ja noch gar nicht zur Durchführung gekommen. Auf die Taktik der Kommunisten eingehend, kennzeichnete Knyfel die Unfähigkeit ihrer bisherigen Reden und Taten. Der Vortragende schloß mit dem Hinweis, daß das alte System niedrigergerungen und der Sozialismus durchgeführt werden müsse, wenn wir vor dem Untergange bewahrt werden wollen. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Die sehr lebhaft eingehende Aussprache bewies erneut die Wichtigkeit und Notwendigkeit solcher auffällender Vorträge.

Den folgenden Veranstaltungen ist durch diese erste in keiner Weise vorgegriffen worden, so daß den noch fernstehenden Beamten glänzendste Gelegenheit geboten ist, sich über die heute brennender denn je gewordenen Fragen kostenlos Aufklärung zu verschaffen. Die nächsten Vorträge finden am 24. Januar und 7. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus statt. Nächstes Thema behandelt: Der Sozialismus und die Beamten. Es wird gebeten, die Volkszeitung zu beachten.

Der patriotische Direktor.

Der Schmerz, nach dem kläglichen Zusammenbruch der wahninnigen Nachtpolitik des kaiserlichen Deutschlands dem nationalen Machtpöbel der Oberdeutschen nicht mehr in gewohnter Weise fröhnen zu können, veranlaßt unsre „Patrioten“ zu den sonderbarsten Kapriolen.

Daß dabei die bewährten Einpauter „patriotischer“ Geninnung nicht fehlen, wird niemand verwundern. Wenn die Herren privatim ihren Schmerz über den Verlust von Deutschlands „Macht und Herrlichkeit“ ausschulen, so wollen wir sie nicht hindern. Wenn aber der Rektor der 3. Realschule sich erlaubt, in einem Traueraktus zum Gedenken der Reichsgründung die Schüler politisch zu beeinflussen, indem er ihnen sagt, daß die Regierung in Berlin unter dem Einfluß der Straße stünde, so muß dem Herrn mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß politische Propaganda nicht in die Schule gehört.

Was sagt das Schulamt dazu, das mit seinen Ermahnungen an die Volksschullehrerschaft so eifrig bei der Hand ist? Und was sagt es weiter dazu, daß der Herr Direktor nur zwei Stunden Unterricht halten ließ und nach dem Festakt die Kinder nach Hause schickte? Gehört das auch noch zum Selbstverwaltungsrecht der Schulen? Vielleicht äußern Sie sich einmal darüber, Herr Dr. Ackermann.

Wer hilft den Militär-Invaliden-Friedensrentnern? Man schreibt uns: Als Vater einer sechsköpfigen Familie verdiene ich wöchentlich 180 Mk., wovon noch die nötigen Abzüge abgehen. Bin aber gleichzeitig der glückliche Besitzer einer Militär-Invaliden-Friedensrente von 40 Prozent. Mühte trotzdem noch vier Jahre an dem großen Wöllermorden teilzunehmen, wo doch so viele Drückberger der „besseren“ Klasse kraftlos in der Heimat als unabhkömmlich „vaterländische“ Hilfs- und Schiebedienste verfahren. Meine Rente von 40 Prozent beträgt 38,25 Mk. monatlich. Vor dem Kriege betrug die 40 Prozent 18 Mk. monatlich, das war damals die Miete für die Wohnung oder eine Woche Kostgeld, heute dagegen reicht die Rente nicht für einen Tag zur Beköstigung meiner Familie. Trotzdem denkt kein Mensch an die Erhöhung unsrer Beihilfenspende. Unsre Leiden sind gleich denen der Kriegsinvaliden und warum diese trafen Unterstützung? Hier ist es Pflicht der Führer aller Arbeiterparteien, einzutreten und den Herren in Berlin zu zeigen, daß die Worte in Taten umzusetzen sind.

Schrotmühlen mit Sichtvorrichtungen oder Sichtvorrichtungen, die zur Anbringung an Schrotmühlen geeignet sind, dürfen, wie das Gewerbeamt mitteilt, nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums in Sachsen nicht verkauft werden. Das Anbieten und Anpreisen in Briefen und sonstigen geschäftlichen Mitteilungen ist nur dann gestattet, wenn das Angebot oder die Anpreisung schließlich zum Abschluß nach dem Auslande erfolgt. In periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen ist die Anündigung nur mit Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde gestattet. Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften müssen die Unterlagen für die erscheinenden Anzeigen mindestens sechs Monate aufbewahren.

Kraubüberfall? Der Kassensbote der Firma Schloßbach in Böhlitz-Ehrenberg ist gestern mittag in Leipzig am Peterstraßeweg überfallen worden. Man hat ihn im Hausflur niedergestossen, Pfeffer in die Augen gestreut und ihm die Tasche mit 40 000 Mk. Inhalt geraubt. Der Bote wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Wir wir hören, prüft die Behörde, ob hier ein wirklicher oder nur ein fingierter Kraubüberfall vorliegt.

Wie meldet man seinen Umzug bei der Kartentafel? Die Kartentafel wird bekanntlich jetzt sämtlich im Grundbuch Schulstraße 1 untergebracht. Dasselbe ist sich bei der Ummeldung um einen ganzen Haushalt, so wird der Umzug unter Vorlegung der Haushaltkarte und des neuen Wohnungsmeldescheines lediglich bei der Ubertigungsstelle gemeldet, die für die neue Wohnung zuständig ist. Bei Untermietern muß unter Vorlegung der Haushaltkarte der alte Haushalt die Abmeldung- und der neue Haushalt die Anmeldung befragen. Bei der Anmeldung ist der neue Wohnungsmeldeschein vorzulegen. Die Meldung kann aber auf einem Wege erledigt werden, wenn sich der Untermieter sowohl von seinen alten als auch von seinen neuen Wirtsleuten die Haushaltkarte geben läßt und den Umzug unter Vorlegung der beiden Haushaltarten und des neuen Wohnungsmeldescheines bei der Ubertigungsstelle für die neue Wohnung meldet.

Allgemeines Arbeiterbildungsanstalt. Fällt das am 23. Januar, vormittags 11 Uhr, in der Albertshalle stattfindende Sinfoniekonzert sind noch Karten im Arbeiterbildungsanstalt und Sonntag an der Kasse zu haben. Desgleichen für die stattfindende Fortsetzung der proletarischen Trübne am 23. ds. Ms. im Schauspielhaus.

Arbeiterbildungsanstalt. Die gewählte Konzertkommission wolle sich Sonntag, 23. Januar, pünktlich vormittags 1/10 Uhr, in der Albertshalle einfinden. — Bei der Aufführung im Alten Theater am Dienstagabend ist ein Mann (Theaterbesucher) beobachtet worden, wie er nach Schluß des Theaters einen verlorengegangenen Pelztragen an sich nahm und seiner Frau übergab. Er wird erjucht, ihn im Sekretariat, Braustraße 17, pt., abzugeben.

Die Zentralstelle für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung beim städtischen Arbeitsnachweis hält Sprechstunden für Beratung von jetzt ab werktäglich nur noch von 11—2 Uhr ab. Den Eltern wird anheimgegeben, diese Zeit möglichst einzuhalten. Die Unternehmer werden darauf hingewiesen, daß nach der Verordnung des Demobilisationskommissars Leipzig vom 26. April 1920 auch die Lehrstellen beim zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis gemeldet werden müssen. Die Beratung und Vermittlung ist für beide Teile kostenlos. Die Beratungsstellen befinden sich für Knaben: Seeburgstraße 14—20, Erdgeschoß links, Zimmer 4, und für Mädchen: Sternwartenstraße 15—21, I. Obergeschoß rechts, Zimmer 16—17.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat das städtische Gesundheitsamt beschlossen, demnächst in größeren Fabriken, in den Bedürfnisanstalten der Gasthöfe, Restaurants sowie in den öffentlichen Bedürfnisanstalten usw. Plakate aufhängende Invalide anbringen zu lassen. Die betreffenden Betriebsinhaber werden gebeten, dieses Vorhaben zu unterstützen. Weitere Plakate können beim städtischen Gesundheitsamt entnommen werden.

Polizeinrichten.

Festgenommene Schektschwinder. In Dresden wurden der frühere Bankbeamte Joseph Müller, geboren am 12. Oktober 1897 in Kaiserswalde in Böhmen, der sich auch Ernst Glüh genannt hat, sowie der Korrespondent Friedrich Ludwig Richter, geboren am 18. Juli 1895 in Wien, festgenommen. Beide haben, teilweise in Gemeinschaft mit dem Kaufmann Max Massarik in Berlin, Wilhelmstraße 20, in Deutschland verjucht, mit Schedoordinanden der Deutschen Bodenbank in Wien mit den Nummern 3001 bis 3025, gegebenenfalls auch noch mit anderen Nummern, Betrügereien auszuführen. Etwasge Geldbeträge wollen sich baldigt bei der hiesigen Kriminalabteilung melden.

Autounfall. Am 15. d. M., nachmittags gegen 1 Uhr, sind an der Ecke der Kaiser- und Ranzlerstraße in L.-Lindenau vier Kinder von einem um die Ecke biegenden Personentrailwagen umgerissen worden; drei von ihnen haben leichte Hautabschürfungen erlitten. Durch die sofort eingeleitete behördliche Untersuchung wird die Schuldfrage geklärt werden.

Lebensmittellkalender für Sonnabend, den 22. Januar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Kunstthon; abzugeben Marken 4 R der Lebensmittellkarte. Reihe R (150 Gramm).

Ausgabe. Leberpakte für Arbeitslose usw.; letzter Ausgabetag im Schlachthof, Stall K, 9—12 Uhr.

Flaschenabgabe. Letzter Tag — befreit mit Marke 1 R der Lebensmittellkarte. Reihe R 1 (1 Flasche).

Für Händler.

Butter: Beaugartenentnahme Nr. 1001—2000 des Berechnungsausweises und Abgabe der Beaugarten B 201.

Aus der Umgebung.

Tausch. Wir machen nochmals auf den Vortragsanlass des Genossen Herre aufmerksam, der Sonnabends abends von 1/7 bis 8 Uhr in der Schule stattfindet. Genosse Herre wird vom nächsten Sonnabend ab die Entdeckung und Entwicklung der Religion behandeln. Eintrittskarten sind noch beim Genossen Herre zu haben.

tarischen Aktionen übernehmen müssen. Sie haben über den Tageskampf hinaus ihre Tätigkeit auf eine Umstellung der Wirtschaft zum Sozialismus einzusetzen. Ebenso fanden sowohl im Referat als auch in der nachfolgenden Diskussion die 6 Stuttgarter Forderungen, ein Rundschreiben des früheren Berliner Bevollmächtigten Kusch, der jüngste Aufruf der KPD, u. a. eine eingehende sachliche Behandlung.

Der erweiterte Beirat fasste nachstehenden Beschluss:
 „Der erweiterte Beirat stimmt den im Referat des Kollegen Dismann niedergelegten grundsätzlichen gewerkschaftlichen Aufgaben zu und begrüßt die Bemühungen des Vorstandes, um dieser Auffassung und Gewerkschaftspolitik im NSGB Geltung zu verschaffen.“

Die Folgewirkungen des Weltkriegs, Teuerung, Wirtschaftskrise und wirtschaftliche Anarchie treffen das arbeitende Volk aufs schwerste. Die Reaktion erhebt ihr Haupt. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sind weder fähig noch willens, kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft entgegenzuwirken. Das ist Aufgabe der Arbeiterklasse.

Die politische Kampffront des Proletariats ist leider zerfallen. Eine Einheitsfront bilden die freien Gewerkschaften. Der NSGB hat die Aufgabe, den Forderungen und Rechten der in ihm vereinigten 8 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung zu verschaffen. In geschlossener Kampffront, in planmäßigem, zielbarem Vorgehen und Handeln ist durch schärfste Einwirkung auf das Unternehmertum, die Gesetzgebung und die Befestigung der wirtschaftlich-politischen Zustände für die Arbeiterklasse zu wirken. Die Einrichtungen und Tätigkeit der Gewerkschaften sind im besonderen auf die wirtschaftliche Umstellung vom Kapitalismus zur sozialistischen Wirtschaft einzustellen. In diesem Sinne stimmen wir auch der geplanten Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. zu.

Die Gewerkschaften können ihre Aufgaben jedoch nur in geschlossener, einheitslicher Front erfüllen, ebenso wie ihre Aktionen, ihr Arbeiten und Handeln der planmäßigen Vorbereitung bedürfen.

Diese Voraussetzungen erfüllen die in letzter Zeit in Arbeiterkreise hineingeworfenen Forderungen nicht. Das gilt von den sogenannten 5 Stuttgarter Forderungen, dem Rundschreiben der früheren Berliner Ortsverwaltung des NSGB, u. a. Entschuldigend und Propagierung dieser „Parolen“ lassen in ihren Begleiterscheinungen allzu sehr das engere Parteibedürfnis erkennen. Letzteres zu befriedigen, kann natürlich nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein. Soweit die genannten Forderungen zur Zeit realisierbar sind, sind wir auch weiterhin mit allem Nachdruck dafür eingetreten. Das wird auch ferner geschehen. Da bedarf es weder der täglichen Angriffe noch der Beschimpfung von den Stellen, die diese Forderungen propagieren. Das haben wir im besonderen gegenüber den Arbeitssoldaten hervor, für deren Unterstützung, Wiederbeschäftigung usw. die Gewerkschaften stets eingetreten sind.

Werden jedoch heute im Zeichen schwerster Wirtschaftskrise „Aktionen“ usw. zur „vollen Produktion“ u. a. verlangt, so bedeutet dieses entweder eine völlige Unkenntnis der Zusammenhänge unserer Wirtschaft, eine Verleugnung der gegenwärtigen realen Machtverhältnisse, oder aber eine gewissenlose, unverantwortliche Agitation unter Ausnutzung der Not und des Elends der Arbeitlosen, die aufs schärfste gebrauchbar werden muß.

Wer sich Sozialist nennt, muß wissen, daß die Wirtschaftskrisen untrennbar zusammenhängen mit dem kapitalistischen System, und daß das Arbeitslosenproblem seine definitive Lösung erst finden

wird mit der Verwirklichung des Sozialismus. „Aktionen“ zur Erzwungung der vollen Produktion usw., nach den vorgeschlagenen Rezepten inszenieren, heißt, dem organisierten Unternehmertum in Zeiten der Krise in die Hände arbeiten. Zum Schaden der Arbeiter selbst. Das zeigen nur zu deutlich die bisherigen Erfahrungen.

Der in jüngster Zeit von der KPD, mit befristetem Ultimatum (Antwort bis 13. 1. 1921) zur Aktion auf die Gewerkschaften und politischen Parteien ergangene Aufruf kennzeichnet sich selbst. Eine Partei, die im gleichen Augenblick zur „gemeinsamen Aktion“ aufruft, in der sie triumphiert über jede ihr gelungene Spaltung in den Reihen des internationalen Proletariats, eine Partei, die die Amsterdamer Gewerkschaften als „gelb“ beschimpft und die Einheit und Schlagkraft der Gewerkschaften aufs schwerste bedroht, kann mit ihrem neuesten Appell zur „gemeinsamen Aktion“ und „Einheitsfront“ nicht ernst genommen werden.

Der erweiterte Beirat fordert die Mitglieder des Verbandes auf, die Organisation in ihren Bestrebungen, die Interessen des gesamten Proletariats mit allen Kräften zu unterstützen, wie andererseits jeden Versuch aufs schärfste zurückzuweisen, der die Arbeiter in planlose Parteipolitik, wilde Aktionen usw. hineinzutreiben versucht, die geschlossene Kampffront der Gewerkschaften zerstört und damit die Arbeiterinteressen aufs schwerste schädigt.“

Die ersten 4 Absätze dieser Resolution wurden einstimmig angenommen. Auch die kommunistischen Mitglieder des erweiterten Beirats stimmten diesem vom Gen. Dismann begründeten grundsätzlichen Teil der Resolution zu. Die weiteren Absätze des Beschlusses fanden gegen 11 Stimmen Annahme. Zwei Mitglieder der KPD stimmten auch für diesen Teil der Resolution.

Die Beiratsmitglieder des D. M. B. haben den Propagandisten der sogenannten Stuttgarter Forderungen die gebotene scharfe Antwort gegeben, wie sie gleichzeitig den Zweck der Werbung und deren Folgewirkungen kennzeichneten. Der Aufruf der KPD zur gemeinsamen Aktion erfuhr die „Würdigung“, die er bei allen ernsthaften Gewerkschaftlern finden muß.

Am 3. Tage der Beratungen behandelte zunächst Genosse Loth die Abhaltung von Berufs- und Betriebsrätekonferenzen. Der größte Teil des Tages war dem gegen die Gewerkschaften gerichteten Treiben der KPD, gewidmet. Genosse Brandes hielt das Referat. An der Hand eines sich täglich häufenden Materials wies Redner nach, wie die von Moskau verlangte und von Anhängern der 3. Internationale geleistete Tätigkeit mit logischer Konsequenz zur Zerstörung der Gewerkschaften führen muß. Es ist feige Heuchelei, wenn diese Leute die Einheit der Gewerkschaften im Munde führen. Noch toller ist es, wenn dieselben Elemente heute diejenigen Gewerkschaftler, die sich gegen die Zerstörung ihrer in jahrzehntelanger Arbeit aufgebauten Organisationen zur Wehr setzen, der Spaltung der Gewerkschaften bezichtigen. Nach gründlicher Aussprache wurde gegen 14 Stimmen (12 KPD und 2 SPD, die Extreme herrichten sich!) beschlossen, gegen die gewerkschaftszerstörenden Mitglieder mit allen Mitteln des Statuts vorzugehen. (Wir haben den Wortlaut der Entschliessung bereits in der Nr. 15 vom 19. Januar veröffentlicht. Die Red. d. L. B.)

Bemerkenswert ist auch bei diesem Beschluß, daß ein Mitglied der KPD für diese Resolution stimmte, ein zweites sich der Abstimmung enthielt. Auch Mitglieder der KPD, beginnen zu erkennen, daß die Moskauer Direktiven zur Zerstörung der Gewerkschaften führen müssen. Die Beschlüsse der Metallarbeiter haben ins Schwarze getroffen. Das zeigt das einsehende Geschrei der Roten Fahne und ihrer Hintermänner im Lande. Doch ihr Geschrei trifft

nietmanden. Die Einheit der Organisationen ist eine Lebensfrage für die freien Gewerkschaften, und wez gegen die Lebensinteressen der Gewerkschaften verfährt, wird die schärfste Zurückweisung erfahren.

Die Holzarbeiter lehnen die kommunistische Taktik ab.

Wie zerschendend und zerstörend die kommunistische Propaganda wirkt, dafür liefert die letzte Holzarbeiterversammlung wieder einen drastischen Beweis.

Die Seele der kommunistischen Zelle bei den Holzarbeitern ist der Angestellte Schenkenberger. Nur der außerordentlichen Toleranz der Holzarbeiter hatte er es zu verdanken, daß er von zwei Jahren überhaupt gewählt wurde. Die von ihm verfaßten Berichte über die letzten Versammlungen liefern den Beweis, wie er das in ihm gesetzte Vertrauen gerechtfertigt hat.

So konnte es auch nicht verwundern, daß er die Stellungnahme der L. B. zu dem sogenannten Offenen Brief der KPD, der zur Beratung und Beschlußfassung stand, nicht objektiv wiedergeben konnte. Selbst unser verstorbener Genosse Haase mußte zur Begründung der KPD-Taktik herhalten. Daß sich aber Haases Ausführungen auf dem Märzparteitag gerade gegen das sinnlose Vorgehen der Däumiggruppe wendete, unterschlug er wohlweislich.

Unsern Rednern war es ein Leichtes, die Argumente der KPD-Leute zu verpfänden. Mit überwiegender Mehrheit lehnte es die Versammlung ab, sich auf die KPD-Taktik festzuliegen.

Das gleiche Schicksal fanden eine Reihe weiterer kommunistischer Anträge.

Der Verlauf der Versammlung bewies, daß den kommunistischen Zerspaltungsvorhaben mit Erfolg entgegengetreten werden kann, wenn unsere Freunde auf dem Platze sind. Hoffen wir, daß das in Zukunft immer der Fall sein wird.

Streik in der Mittweidener Leinenindustrie.

Mittweida, 20. Januar. TL. Die Arbeiter in der Leinenindustrie sind in den Ausstand getreten.

Der neue Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der ständige Ausschuh des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat an Stelle des verstorbenen Karl Legien den früheren Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Theodor Peiper, zum vorläufigen Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Briefkasten der Redaktion.

M. W. 100. Wenn Schadenersatz für die lesenden Blätter verlangt wird, so weigern Sie sich zu zahlen. Warten Sie ab, was gegen Sie unternommen wird.

H. J. Klein!
 G. S., Ludwigstraße. 1. Die Krankenhilfe endet mit Ablauf der vierzigsten Woche. 2. Nach Aufnahme der Erwerbstätigkeit, sobald ein anderer Krankheitsfall vorliegt. — 2 Mk. Parteikasse.

R. M. M. Der Fleischer ist Schadenersatzpflichtig. Weigert er sich, den Schaden zu ersetzen, so müssen Sie gegen ihn die Klage anstrengen.

M. P. 25. Der Mietvertrag entscheidet darüber. Sehen Sie in ihm nach, ob Sie sich verpflichtet haben, die Reparaturkosten ganz oder zum Teil zu tragen.

Wieder eine Ueberraschung!

Wieder eine Sensation! Wieder ein Treffer!
Heute Freitag Uraufführung!
Das grosse Ereignis der Saison 20/21.

Der deutsche Hochlandsfilm, den uns das Ausland nicht nachmacht
Der Film, der bei seinem Erscheinen das grösste Aufsehen bei den Interessenten und in der deutschen Presse erregte.

Der letzte Schuss

Das grösste deutsche
Hochlands-Sensations-
 Drama aus dem
Schmuggler- und Wilderer-Leben in 7 Akten.



Sensation! Natur-Schönheiten! Spannung!

Was sagt die Presse?

Leipziger Neueste Nachr.: Dieser Film gehört in die Reihe der echten Volksfilme, er verbindet die bühnenhafte, darstellerische Wirkung mit der Romantendenz, wobei es ganz zweifellos gelungen ist, das Unfeine, Kitschliche der sonstigen Sensationsdramen zu vermeiden. Die Handlung, die im Alpenhochland spielt, ist von einer lebendigen Dramatik getragen und vermeldet alle künstlich von außen herbeigezerrten Momente, sondern steigert in organischem Wachsen von innen heraus.

Alles in Allem ein Film, der mit zu den besten seiner Art gehört, dem man zusehen kann, ohne von Hintertreppengehüllten gepöbeln zu sein.
 Etwas Schöneres, lückenlos Geschlosseneres, durch alle Akte Spannendes, wie „Der letzte Schuss“, haben wir noch nicht gesehen, obwohl wir sehr verwöhnt sind. Das Publikum begleitet mit spontanem Beifall die einzelnen Bilder bei offener Szene.

Packend! Gewaltig! Schön!

Hierzu: **Eine lustige Bude!** Lustspiel in 3 Akten

KAMMER-LICHTSPIELE
 Windmühlenstrasse 7 — am Königsplatz.

Winter-Mäntel

zu extra billigen Preisen:

- Serie 0** aus gutem Strapazierstoff in mod. Formen und Farben **95**
- Serie I** aus kräftigardunkelmollerer Ware, beste Verarbeitung **195**
- Serie II** aus dickwoll. Winterware, in verschied. modernen Formen **295**
- Serie III** aus warmem reinwoll. Flauchstoff, in mod. Formen und Farben **395**
- Serie IV** aus Flauchstoff, in verschieden. aparten Schotten **495**



EBERT

Grösstes Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kindergarderobe in Sachsen

Flotter Mantel, aus kräft. karlorton Winterstoff . . **195 M.**

Achtung!
 Ia Hammelfleisch Pfund Mt. 12.— und 13.—
 Ia Rindfleisch Pfund Mt. 14.— und 15.—
 Gehacktes Pfund Mt. 12.—
 Diverse Wurst in bekannter Güte.
 L.-Gohlis, Mückersche Strasse Nr. 27.
Ia Schweinefleisch!
 Rotkeulen, Kamm, Bauch, Schmer, Fettes 20.— Mark
 Ochsenfleisch 13.— und 14.— Mark
 L.-Schönefeld, 5 Waldbaurstraße 5.
 Rindfleisch Pfund 14.00 Mt.
 Kalbfleisch " 14.00 "
 Schweinefleisch " 18.00 "
 erstklassige feilche Ware, empfohlen
Emil Kluge, Eisenstr. 7.
 Ba. Anörpelbrauntöhl gegen Bezugschein
 ab Lager Sackner 8.— Mt.
 frei Haus 10.—
 Kohlenhandlung Ernst Buch, Riezinshofer
 Gießerstraße 62.

Großer Inventurausverkauf
Herrenhüte Wolllis, jetzt schon von **46.—** Mt. an
Herrenhüte Saarlis **99.— 90.— und 85.—** Mt.
Velourhüte jetzt nur **185.—** Mt.
Wollvelourhüte **99.— und 95.—** Mt.
 in nur modernen Formen und Farben.
Achten Sie besonders auf Qualität!
 Ferner zu billigen Preisen: **Krawatten, Herrenwäsche, Hosenträger, Herren- u. Damenschuhe und -Gamaschen, Spazierstöcke, Regenschirme, Schals, Socken etc.**
Richard Winkler, Ka.liche Straße 3
 zwischen Hauptbahnhof und Brühl.
Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volkzeitung

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

IV.

Am Abend gab es Kinovorstellungen, Konzerte, Vorträge, die sich selbstverständlich alle mit dem Krieg befaßten. Sie wurden in einer großen Halle abgehalten, die die N. M. C. A. (Young Men Christian Association, Vereinigung christlicher junger Männer) erbaute hatte, eine Vereinigung, für die Jimmie tiefe Beachtung empfand. Er hielt sie für ein Mittel der ausbeutenden Klasse, ihren weißen Sklaven Unterwerfung zu lehren. Doch konnte niemand im Lager leben, ohne immer wieder auf diese Organisation zu stoßen. Jimmie wurde aufgefordert, einem Vortrag beizuwohnen, und kam aus bloßer Langeweile dieser Aufforderung nach.

Der Redner war Feldwebel Ebenezer Collins, der aus Flandern gekommen war, um sie über die Hinterlist der Hunnen aufzuklären. Feldwebel Collins bediente sich einer seltsamen Sprache, die Jimmie nie zuvor gehört hatte und nicht recht verstand; jedenfalls bezeugte sie die Ehrlichkeit des Feldwebels, in solchem Londoner Englisch konnte nicht gelogen werden. „Geht man durch eine belgische Stadt“, sagte der Redner — „so begegnet man alten grauhaarigen Damen und kleinen Kindern, die wie blaße Geister aussehen. Man jagt ihnen: Verlaßt die Stadt, die Hunnen können schon heute einziehen. Aber sie wollen nicht fortgehen, weil sie kein Heim mehr haben.“

Trotz seiner seltsamen Sprache erkannte man dennoch, daß der Feldwebel ein rechter Mann war. Er besaß einen Sinn für Humor, hatte ihn sich in Tod und Grauen bewahrt, in langen Nächten, in nassem, eisigen Schlingengraben, die Füße im Wasser, von kaltem Regen gepeitscht. Der Feldwebel besaß auch ein Ehrgefühl. „Es gibt Dinge, die ich einem Hunnen nicht antun kann, obwohl ich weiß, daß er sie mir antut.“ Jimmie hatte in der Ortsgruppe hitzigen Debatten gelauscht, ob die alliierten Soldaten wirklich weniger arg seien als die Deutschen, ob die Alliierten auch Passagierdampfer mit Frauen und Kindern versenkt hätten, wenn ihnen dies zweckmäßig erschienen wäre? Feldwebel Collins hegte gar keinen Zweifel über diese Tatsache. „Es kommt daher, weil wir Sport treiben, und sie nicht —“ bemerkte er — „wenn man Sport treibt, lernt man die Spielregeln achten.“

Seit drei Jahren und acht Monaten hatte Jimmie von den Greuelthaten der Deutschen gehört und sich geweigert, den Erzählungen Glauben zu schenken. Nun aber berichtete der englische Feldwebel von einem Kameraden, der bei einem Nachtsangriff verwundet worden war, der Feldwebel hatte ihn fortzutragen versucht, ihn aber dann doch liegen lassen müssen. In der Morgendämmerung eroberten sie durch einen Gegenangriff das Dorf zurück und fanden den Kameraden zwar noch lebend, aber mit Bajonetten durch Hände und Füße an ein Scheunentor festgenagelt. Ein selbes Murren lief durch den Raum, Tausende von jungen Männern ballten die Fäuste, bereiteten sich auf ihre Arbeit in Frankreich vor. „Zeit!“ — erklärte der Feldwebel — „unternehmen die Deutschen den allergrößten, wildsten Angriff des ganzen Krieges. Die Engländer sind an die Wand gepreßt; bei den Leuten in den Exerzierlagern von Amerika liegt die Entscheidung, sie allein vermögen Rettung zu bringen, sie allein können die Welt davon bewahren, unter den Hufen des Angeheuers zertrampelt zu werden. Werden sie ihre Arbeit leisten?“ Jimmie Higgins hörte die Antwort aus zweitausend jungen Köpfen, und der Kapitän ist ihm verflochten in den dunkelsten Winkel seiner Seele.

Dennoch vermochte der Kapitän nicht völlig zu schweigen. Der Krieg ist ein Verbrechen! Der Krieg ist ein Verbrechen! Ist eine gemeine, brutale Art menschlichen Zwists zu entscheiden. Sind aber die Menschen noch zu dumm, um auf die Stimme der Vernunft zu hören? ... selbst diese Tatsache rechtfertigt den Krieg nicht! Ein Mann muß Prinzipien haben, muß ihnen treu bleiben, was anders könnte er die Welt zu seinen Anhängern befehlen? Ja der Krieg ist ein Verbrechen! Aber einstweilen ist eben Krieg, und es bereitet ihm kein Ende, wenn man ihn als Verbrechen bezeichnet. Was zum Teufel soll ein Mensch anfangen?

V.

Sobald Jimmie niederarbeiten konnte, wurde er in jenen Teil des Lagers geführt, wo eine Motorräder-Division exerzierte. Hier gab es einen großen Raum mit vielen beschädigten Rädern, an denen er seine Kunst zeigen konnte. Er kannte die hier verwendete Marke nicht, doch hatte er gar bald ihre Geheimnisse heraus und bewies dem Offizier, daß er sich darauf verleihe, den Motor zu zerlegen und wieder zusammenzusetzen, neue Reifen anzubringen, und alte zu reparieren, Kugellager zu reinigen, und dergleichen mehr. „Sie taugen etwas!“ — ward ihm gesagt. — „Und Ihresgleichen werden in Frankreich gebraucht, wie das tüchtigste Brot. Sie werden nicht mehr lange warten müssen.“

Das Exerzierlager hatte keine eigene Station, alle paar Stunden kamen vollgepropte Züge an, die ebenso vollgepropt wieder abfuhrten. Jimmie wurde verständigt, packte seine Sachen, meldete sich zum Appell und nahm seinen Platz ein. Am folgenden Tag mußte er sich im „Mobilisationslager“ aufhalten, das gleichfalls einer ungeheuren Stadt glich, und vorsichtiger, militärischer Art zufolge, irgendwo in New-Jersey lag, obwohl auf hundert Meilen Entfernung alle den genauen Ort kannten. Hier war für Kriegszwecke ein Hafen gebaut worden, mit Docks und Werften, wo die Transportschiffe mit Proviant und Menschen beladen wurden. Die Schiffe setzten in großer Anzahl, flottenweise, und trugen dreißig bis vierzigtausend Menschen über den Ozean. Jede Woche verließ eine derartige Flotte den Hafen von Newport, — dies war Amerikas Antwort auf den deutschen Angriff.

Hier traf man nicht bloß Soldaten an, sondern den ganzen Apparat des komplizierten Dienstes hinter der Front: Scharen von Holzladern aus dem fernsten Nordwesten, die Frankreichs Wälder fällen und zu Eisenbahnschwellen und Pfosten für die Schlingengräben verwandelt werden, Eisenbahner, Bergleute, Bauarbeiter, Ingenieure und Maschinensteller, Brücken- und Straßenbauer, Chauffeure für vierzigtausend Automobile, Telephonisten, Lokomotivführer für fünfzigtausend Lokomotiven, Bäcker und Köche, Schuster und Schneider, Farmer, um Frankreichs Felder zu bestellen, Ärzte und Pflegerinnen, um seine Verwundeten und Kranken zu pflegen, nichts, was Wissen und Geschicklichkeit einer Hundert-millionen-Nation zu bieten hatte, fehlte in diesem Lager. Hier waren Amerikas jüngste, begeisterte Söhne, voll Eifer bereit, ihr Teil zu tun. Verlaßten Tod und Gefahren, behten vor Aufregung, Neugierde und Lust. Jimmie Higgins beobachtete sie, und seine Zweifel schmolzen wie Wachs. Wie konnte ein Mensch diese tege Tätigkeit leisten, ohne mitgerissen zu werden? Wie konnte er mit diesen lachenden, scherzenden Burschen sein, ohne sich von ihrer Stimmung erfassen zu lassen?

Jimmie hatte eine trübe Kindheit hinter sich, er kannte kaum die Jugend seines Landes, diese übermüthige, heitere, unbeflegliche, ein wenig arrogante Jugend einer demokratischen Welt. Wenn es etwas gab, das diese Burschen nicht kannten, so wußten sie dies nicht, gab es etwas, das sie nicht zu tun vermochten, ihr Motto war: „Zeit es mir!“ Jimmie, der niemals eine Schule besucht hatte, fiel es schwer, den wilden Art zu verstehen, dessen sich die anderen befleißigten. Wenn einem einer zurief: „De Klotz!“ so bedeutete dies nicht, daß er einen nicht selbst können, ebensowenig wie der Gruß: „He Süßker!“ eine übergroße Zuneigung bedeutete. Wenn ein Offizier als hausgottlos bezeichnet wurde, verstand man darunter nicht, daß er in einer Temperatur von hundert Grad Celsius geflocht worden sei, sondern, daß er ein Snob war. „Gute

Nacht“ am helllichten Tag; gesagt, befandete, daß der Sprecher anderer Ansicht sei, als man selbst.

Und dies war häufig der Fall, wenn Jimmie Higgins nachsuchte, den Unterschied zwischen den deutschen herrschenden Klassen und dem deutschen Volk zu betonen. Dazwischen hatten interessanter diese allwissende Burschen keineswegs. Bekannte Jimmie genau darauf, so wurde ihm mitgeteilt, er sei „eine Ruß“, „ein arbeitsloser Käse“, „ein Kuckuck“, Hände flatterten über seinem Haupt, um anzudeuten, er habe „Fiedermaule im Turm“. Jimmie ergab sich, lauschte, den unverständlichen Bemerkungen und „in dem Lied, das stets mit großer Begeisterung gesungen wurde, und das erzählte, was sie in Frankreich tun würden.

Holt die alte Trompete, Jungens, wir wollen ein anderes Lied, Singt es mit dem neuen Geist, der die Welt durchzieht, Singt es, wie es uns gefällt, zwei Millionen in Reih und Glied, —

Während wir den Kaiser verhaun!

Refrain:

O Bill, o Bill, wir kommen mit Sturm und Braus! O Bill, o Bill, du kommst uns nicht mehr aus! Wir legen dich in Eßig ein nach alter Yankeeart —

Während wir den Kaiser verhaun!

Auf Frankreichs schimmernden Straßen wollen das Lied wir singen, Hört wie die „Tommys“ Hurra schreien, schaut wie die „Boilus“ springen, Afrikaner und Kaimänen und Schotten ohne Hosen, —

Während wir den Kaiser verhaun!

Bringt von Bethlehem Kanonen über Newport herein, Bringt von Boston Bohnen, vergesst nur nicht das Schwein, Bringt auch Sodawasser, und reichlich Nebenjaß, —

Während wir den Kaiser verhaun!

Kommt, ihr Männer aus Dänemark, ihr Holzknechte aus Main, Kommt, ihr Cowboys aus Texas, ihr Farmer vom flachen Land, Von Florida bis Oregon uns eint ein Yankee-Band —

Während wir den Kaiser verhaun!

Nun wir uns ans Werk gemacht, wollen wir's auch vollenden, Verschißt die Kaiser und Könige all, die Welt sie soll sich wenden, Frei die Bahn dem schlichten Mann, dem Mann wie ich und du, —

Während wir den Kaiser verhaun!

(Fortsetzung folgt.)

Wer ist Arbeiter?

Von Karl Kautsky, Berlin.

2. Produktive Arbeit.

Man glaubt oft, das Merkmal des Arbeiters darin zu finden, daß er produktiv beschäftigt ist. Aber leider ist mit dieser Kennzeichnung nicht viel gewonnen, denn der Begriff der produktiven Arbeit ist bei den Ökonomen ein sehr unschrittener. Man vergleiche nur das Kapitel über „Produktive und unproduktive Arbeit“ in den Marghies „Theorien über den Mehrwert“ (1. Band, Seite 179 bis 429).

Vom Standpunkt der Produktion an sich kann man als produktiven Arbeiter jeden betrachten, der direkt oder indirekt ein Produkt schafft. Vom Standpunkt der einfachen Warenproduktion ist es jeder, der einen Wert schafft.

Nach dieser Definition wären etwa Lehrer und Ärzte nicht produktive Arbeiter. Ein Sänger, der in einem Konzert singt, ist kein produktiver Arbeiter. Aber er verwandelt sich in einen solchen, wenn er für ein Grammophon singt und so zur Erzeugung einer Grammophonplatte beiträgt. Ebenso kann der Lehrer ein produktiver Arbeiter dann werden, wenn er ein Lehrbuch abfaßt usw. Es ist klar, daß man nicht daran denken kann, das Wahrecht von dieser Definition der produktiven Arbeit abhängig zu machen. Sie ist wichtig für die Ökonomie, denn die Masse der Produkte in einem Lande hängt unter sonst gleichen Umständen ab von der Menge seiner produktiven Arbeiter, und der mögliche Wohlstand der Bevölkerung von dem Verhältnis zwischen der Zahl der produktiven und der unproduktiven Arbeiter. Aber für den Klassenkampf, die Klassenherrschaft, das Wahrecht, kann diese Unterscheidung nichts bedeuten. Man kann jedoch den Begriff des produktiven Arbeiters auch anders fassen. Produktiv ist danach jeder Arbeiter, der die Produktivkräfte des Landes vermehrt. Unproduktiv jeder, der sie durch seine Tätigkeit und durch sein Dasein nicht vermehrt oder sogar vermindert.

In diesem Sinne sind viel mehr Menschen produktiv als im ersteren. Der Arzt ist danach produktiv, denn er macht aus arbeitsunfähigen Menschen arbeitsfähige. Ebenso der Lehrer, denn er verleiht den Menschen erhöhte Arbeitsfähigkeiten. Aber der Musiker, der Schauspieler und Sänger sind unproduktiv, ebenso in hohem Grade der Soldat.

Aber kann man deshalb sagen, sie verdienen kein Wahrecht, seien bloße Parasiten? Der Mensch lebt nach der Bibel nicht bloß vom Brote, sondern auch vom Worte Gottes. Er verlangt nicht bloß nach materiellen Produkten, sondern auch nach geistigen Genüssen, und je höher seine Produktivkraft, desto mehr unproduktive Genüsse kann er sich gönnen. Diese unproduktive Tätigkeiten dienen dem gesellschaftlichen Bedürfnis ebenso sehr, wie die Ergebnisse der Produktion.

Andererseits haben die Menschen seit jeher einen Teil ihrer Arbeitskraft und ihrer Produkte zur Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Besitzes gegen fremde Räuber aufwenden müssen. Diese Aufwendungen sind sicher unproduktiv in dem Sinne einer Schmälerung der Produktivkraft. Sie sind aber unentbehrlich, solange nicht eine Ordnung der Gesellschaft und der Staaten besteht, die ewigen Frieden verbürgt.

Kann man nun einem Soldaten, der zur Verteidigung seines Landes mehr opfert als jeder andre Arbeiter, der sein Leben in die Schanze schlägt, das Wahrecht deshalb vorenthalten, weil seine Tätigkeit keine produktive ist? Man muß trachten, Einrichtungen zu schaffen, die den Soldaten entbehrlich machen; das ist im Interesse des Aufschwungs der Produktivkräfte dringend geboten. Aber solange er da ist, kann man ihm das Wahrecht nicht deshalb nehmen, weil er kein produktive Arbeiter ist. Wir müssen jede privilegierte Stellung für ihn im Staate ablehnen, dürfen ihm aber nicht die allgemeinen Bürgerrechte entziehen.

Neben den beiden Auffassungen der produktiven Arbeit, die wir eben erwähnt, kommt aber noch eine dritte in Betracht, die verbreitetste von allen. Eine Auffassung vom Standpunkt nicht der einfachen Warenproduktion, sondern der kapitalistischen Produktion. Sie liegt auch den Marx'schen Ausführungen über produktive Arbeit durchwegs zugrunde.

Vom Standpunkt des Kapitalisten aus ist jeder Arbeiter produktiv, der ihm einen Profit verschafft, ganz gleich, ob das durch die Schaffung eines Produktes geschieht oder in ganz unproduktiver Weise. Dagegen ist jeder Arbeiter für ihn unproduktiv, dessen Anwendung ihm keinen Profit einbringt.

Ein Schriftsteller ist ein produktiver Arbeiter, nicht insofern er Ideen produziert, sondern insofern er einen Buchhändler bereichert, der den Verlag seiner Schriften betreibt, oder insofern er

Lohnarbeiter eines Kapitalisten ist.“ (Marx, Studien über den Mehrwert, 1. Band, S. 280.)

Eine Köchin ist danach ein produktiver Arbeiter, wenn sie in einem Restaurant zu dem Zweck beschäftigt ist, dem Restaurateur Profit einzubringen. Dieselbe Köchin hört auf, produktiv zu sein, wenn sie in einem Haushalt beschäftigt ist, wo sie für den Selbstgebrauch der Familie arbeitet, so daß ihre Anwendung keinen Profit abwirft.

Diese Unterscheidung war ökonomisch sehr wichtig in der Zeit des Ueberganges von der Feudalwirtschaft zum Kapitalismus. Die Feudalherren beschäftigten ein Heer von Bedienten aller Art — Lohnarbeiter, die keinen Profit brachten und oft den finanziellen Ruin ihrer Herren herbeiführten. Für den kapitalistischen Aufschwung war es nötig, aus diesen Bedienten industrielle Lohnarbeiter zu machen. Wer viele produktive Arbeiter in dem zuletzt gegebenen Sinne beschäftigt, wird reich. Wer viele unproduktive Arbeiter beschäftigt, wird arm. Um so rascher, je mehr solche Arbeiter er im Verhältnis zu seinem Vermögen beschäftigt. Daher die Polemik der Ökonomen jener Zeit gegen die unproduktive Arbeit.

Für die Zwecke der Wahlberechtigung kann aber diese Unterscheidung nicht in Frage kommen. Es wäre zu sonderbar, wenn das Wahrecht zum Beispiel nur die Gärtner in Diensten der Handelsgärtner hätten, dagegen nicht die Gärtner, die im Dienst von Kapitalisten deren Hausgärten instand halten oder die in öffentlichen Gärten beschäftigt sind, in denen sie auch nicht zu Zwecken des Profits beschäftigt werden. Keine der wissenschaftlichen Definitionen der produktiven Arbeit kann also für die Bestimmung des Wahrechts in Frage kommen.

Nicht besser steht es, wenn man statt der Definitionen der politischen Ökonomie die des gewöhnlichen Lebens nimmt, die dem Begriff der produktiven Arbeit ganz einen moralisierenden Anstrich gibt, indem sie darunter einfach jede nützliche, dem Interesse der Gesellschaft dienende Tätigkeit versteht. Vieles versteht man unter unproduktiver Tätigkeit eine für die Gesellschaft schädliche Arbeit. Als unproduktiver Arbeiter bezeichnet zu werden, gilt daher vielfach als eine Beschimpfung, die man mit Entzückung zurückweist. Und doch meint Marx, produktiver Arbeiter zu sein, sei kein Glück, sondern ein Pech, da es bedeutet, ein ausgebeuteter Arbeiter zu sein.

Nimmt man den produktiven Arbeiter gleich dem nützlichen, dann wird die Definition erst recht unverwendbar für die Bestimmung des Wahrechts. Denn nichts ist subjektiver, als der Begriff des Nützlichen, sobald man über die primitivsten Lebensbedürfnisse hinausgeht.

Der Bäder ist sicher nützlich. Darin werden alle übereinstimmen. Aber schon beim Fleischer ist es anders. Die Vegetarier werden ihn für schädlich erklären. Ebenso die Abstinenten die Bierbrauer. Die anständigen Leute werden die Arbeit von Sehern und Druckern in Buchdruckereien zur Herstellung pornographischer Literatur für direkt verderblich halten. Der großen Masse wird die Diamantschleiferei sehr unruhig erscheinen. Soll deshalb Fleischer, Bierbrauer, Diamantschleifer, Buchdrucker in Druckereien, die schlechte Literatur herstellen, das Wahrecht vorenthalten werden? Das werden selbst die nicht wollen, die an ihrer Tätigkeit Anstoß nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Konzerte. Jeanne Koettler zeigte sich als eine Sängerin von vollendetem technischen Können und feinem musikalischen Empfinden. Daß dies letztere gegenüber dem ersteren bei dem technisch schwierigen ersten Liede von Mozart etwas zurücktrat, vergah man im Verlaufe des Abends bei den Liedern von Schumann und besonders bei denen von Robert Schumann. Die Lieder dieses modernen Komponisten zu hören war wirklich eine Freude, denn er ist einer der in unserer Zeit seltenen Musiker, der sich nicht von seiner eigenen Musik wegreißen läßt. Von der inneren Harklosigkeit, der ewigen Hast, die durch unsere Zeit und durch ihre Musik geht, war hier endlich einmal nichts zu spüren. Auch die Klavierbegleitung Robert Schumanns war so fein dem Gesange angepaßt und untergeordnet, daß man sich freuen mußte, in ihm einen wirklichen Musiker und keinen Virtuosen mit sich Hervorbringen um jeden Preis kennen zu lernen. — Das vierte Jugendkonzert war ein gutes Nachmittagskonzert mit einwandfreiem und der Jugend gut angepaßtem Programm. Auch die Ausführung war einwandfrei, und so muß man diese pädagogisch wertvollen Konzerte im Interesse der Jugend warm begrüßen. — Das letzte Sinfoniekonzert der Gesellschaft der Musikfreunde brachte ein Werk eines jungen Komponisten, Hans Gál, als Neuheit. Die Serenade für kleines Orchester wurde vom Komponisten selbst dirigiert und zeigte viel kontrastreiches Können, aber sein genügend eigenartiges Gepräge, um aus dem Durchschnitt moderner Kompositionen herauszutreten. Vielleicht hat nur ein gewisser Respekt vor den überlieferten musikalischen Formen den Komponisten gehindert, sein Eigenes zu geben. Den muß er ablegen, dann wird sich zeigen, ob er Eigenes zu geben hat. Als Es-dur-Konzert, vom Luise-Gmeiner vollendet vorgetragen, und die wichtige C-Moll-Sinfonie von Raun machten entschieden mehr Freude. — Der Liedabend von Elise Rydin-Deberg hinterließ einen angenehmen Eindruck. Man freute sich darüber, wie gut die Sängerin den Ton der leichtgeschürzten Musik Mozarts trifft. Während man bewunderte, daß sie gerade ernste und tiefe Lieder von Schubert und Brahms bevorzugte. Es soll nicht jeder alles können wollen, gerade eine Begabung für eine Bescheidenheit im Gesange der Kunst ist zu pflegen und auszubilden. Die Begleitung von Prof. von Bose war in jeder Richtung vollkommen. Pz.

Schauspielhaus (Tanzabend Helga Wolter). In diesem feinen zierlichen Mädchenkörper ist jedes Glied, jeder Muskel, jede Faser, ja jede Locke ihres lustig flatternden Haars zum Leben erwacht, zu einem eigenwilligen — mit eigenem Willen begabten — mutwilligen ausdrucks- und phantastischen Wesen. Das ist es, was dieses Kind uns Erwachsene lehrt: daß auch der Körper, ja jedes seiner Glieder leben und sprechen kann und Geistes und Seelisches ausdrücken, und nicht bloß der „Geist“, jener mittelalterliche Geist, der den Körper absterben läßt. Das ist der Tanz: das Leben des Körpers. Wir haben es bis jetzt zu wenig gewußt, trotz der vielen modernen Tänzerinnen, die sich und ihre weißen Beine zur Schau stellen. Ein Kind mußte kommen und uns belehren, daß der Körper nicht bloß Tanz spielen, sondern auch leben kann — freilich ein Körper mit einer unerschöpflichen übersprudelnden Phantasie und mit Anlich-reinem und üppigem Humor begabt. Allerdings drängte sich oft und besonders im letzten Stück die Frage auf, wofür die Grenzen seien zwischen solchem Tanz und der Pantomime? Aber das liebe Kind häufte über alle Fragen und Probleme munter hinweg. a. b.

Mitteilung der Städtischen Theater-Intendant, Felix Fleischer vom Württembergischen Landestheater in Stuttgart, wurde nach erfolgreichem Gastspiel der Leipziger Oper ab 1. August 1921 verpflichtet. — Die für Sonnabend, den 22. Januar, angelegte Aufführung der Faubert'sche und die für Sonntag, den 23., angelegte Aufführung von Tannhäuser ist bereits vollständig ausverkauft.

Sächsischer Landtag.

15. Sitzung. Dresden, 20. Januar 1921.

Die Eingemeindungsfrage.

Auf der Tagesordnung stehen an erster Stelle zwei Anträge der Deutschen und der Demokraten.

Die zwangsweise Eingemeindung der Dörfchen Blasewitz, Loschwitz und Weiher Hirsch nach Dresden zum Gegenstande haben.

Frau Büttmann (Dntl.) begründet die Anfrage ihrer Fraktion, in der gesagt wird, daß die Gründe, die bisher für diesen Eingriff in die Selbstverwaltung dreier Gemeinden bekanntgegeben sind, diese Zwangsmassnahme nicht rechtfertigen könnten...

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) sagt bei Begründung seiner Anfrage, daß seine Freunde die Erregung in den drei Gemeinden für berechtigt halten. Die Vergewaltigung der drei Gemeinden sei in eine Parallele mit der Vergewaltigung deutscher Gebietsteile durch die Entente zu stellen.

Minister des Innern Bismack bemerkt, daß von den beiden Interpellanten die rein sachliche Frage auf parteipolitisches Gebiet gedrängt worden sei, wozu er keine Veranlassung gegeben habe.

Abg. Dr. Hübschmann (D. Vp.) fragt, welche Richtlinien die Regierung in der Frage der Eingemeindung maßgebend sein lasse. Bei andern Gelegenheiten habe sie eine andre Stellung eingenommen als im vorliegenden Falle.

es hört aber auf in dem Augenblicke, wo es im Widerspruch steht mit den Interessen der Allgemeinheit. Unter diesem Gesichtswinkel habe ich gehandelt.

Abg. Wähler (D. Vp.) bedauert, daß die Sache parteipolitisch ausgenutzt werde, sie müsse als Auseinandersetzung lokaler Interessen angesehen werden. Seltener sei jemand mit solcher Geduld und Nachsicht behandelt worden, wie gerade diese drei Gemeinden.

Abg. Kühn (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion steht geschlossen hinter der Maßnahme des Ministeriums des Innern. Um aber keine Mißdeutung über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zur Frage des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden aufkommen zu lassen, möchte ich erklären, daß die Hochhaltung der Intimität der Gemeinden ein alter sozialdemokratischer Grundgedanke ist.

Abg. Dr. Eberle (Dntl.): Man sollte nicht einverleiben, sondern die Großstädte in kleinere selbständige Verwaltungsbezirke zerlegen. Die Eingemeindung der drei Gemeinden sei unsozial, denn sie unterfalle den Großen gegen den Kleinen (Lachen links).

Der Antrag Wähler: die Aufrechterhaltung der ministeriellen Entscheidung zu billigen, wird gegen die Stimmen der Deutschen, Nationalen und eines Teils der Demokraten und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Der Gesetzentwurf: Abänderung des die staatliche Schlachtviehverversicherung regelnden Gesetzes wird nach unwesentlicher De-

batte mit einigen von der Ausschlußmehrheit vorgeschlagenen Änderungen angenommen, nachdem der Ministerialantrag auf Beibehaltung des § 15 in der Fassung des alten Gesetzes und ebenso ein Zurückverweisungsantrag abgelehnt worden war.

Der Gesetzentwurf über die Schätzung der Schädenwidrigung und die Schadenersatzung bei der Gebäudeteilung der Landes-Brandversicherungsanstalt wurde nach längerer, aber unwesentlicher Debatte an den Rechtsausschuß verwiesen.

Der Nachtrag zum Personen- und Besoldungsplan der Landes-Brandversicherungsanstalt auf das Jahr 1920 entfiel ebenfalls eine Debatte.

Abg. Casan (Soz.) kritisierte das Mißverhältnis zwischen Bureaupersonal und technischen Aussenbeamten der Anstalt.

Dann wurde die Vorlage dem Haushaltsausschuß B überwiesen. Weiter wurden die Vorlage über den Ertrag der Beschaffungskosten der für die Landtagswahl erforderlich gewordenen Stimmzettel nach zustimmenden Erklärungen aller Fraktionen in sofortiger Schlußberatung verabschiedet, sowie die Wahlen sämtlicher Abgeordneten zum Landtag anttagemäßig für gültig erklärt.

Nächste Sitzung: Freitag vorm. 9 1/2 Uhr: Verlegung der Tharandter Forstakademie nach Leipzig; Erwerbslosenfürsorge; unentgeltliche Geburtshilfe.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Ungehörte Leichtfertigkeit. Vom Schwurgericht Arnberg ist am 12. Mai 1920 der Landwirtschaftslehre Karl Steinach wegen gefährlicher Körperverletzung und wegen fahrlässiger Tötung zu 200 Mk. Geldstrafe und 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Landgericht.

Für 3000 Mk. Metalle gestohlen zu haben, waren zwei junge, 18- und 19jährige Burschen vor der 3. Strafkammer angeklagt. Die leichtsinnigen jungen Menschen hatten in der Firma, in der sie beschäftigt waren, zu wiederholten Malen Blei, Zinn, Kupfer- und Nickelstücke mitgenommen, sie in einem Küchenschrank der Stiefkammer des einen angesammelt und dann in größeren Mengen an einen Trödler verkauft und jeder ungefähr 250 Mk. dafür erhalten.

Schöffengericht.

„Du ist ein trautes Wort“, sagte der Tischler D., Adventist vom 7. Tage — und wird damit gewiß die begeisterte Zustimmung aller Liebespärchen finden — „Christus hat auch gesagt, wir sollen Gott mit Du anreden!“ Da aber Hausbesitzer vorläufig noch keine Götter sind und ihr Verhältnis zu den Mietern in den gegenwärtigen Zeiten von einem Liebesverhältnis ziemlich weit entfernt ist, so wird man es nicht ganz unbegrifflich finden, daß sein Hauswirt diese traute Anrede gewaltig trumm nahm und ihn wegen Beliedigung verklagte.

Bürgergericht.

Zu einem Monat Gefängnis und 30 000 Mk. Geldstrafe wurde der Kaufmann Alfred Knopach, früherer Teilhaber einer Kunsthonigfabrik in Bindenau, jetzt in München wohnhaft, verurteilt, vor einem Jahre hatte die Hauptverhandlung gegen seine sieben Mitangeklagten stattgefunden.



Advertisement for Leipzig Textile Company (Leipziger Textilgesellschaft m. b. H.). Text: Wir verkaufen aus nur erster Hand unter Ausschaltung jedes Zwischenhandels als besonders vorteilhafte Gelegenheit 2 Posten Herren- und Damenstoffe 140 cm breit, in vielen Dessins und Farben ... Mk. 75.- und Mk. 38.- per Meter. Keine Muster-Abgabe! Die Auswahl ist bekanntlich in den ersten Tagen am grössten, deshalb nehmen Sie bald diese äusserst günstige Gelegenheit wahr! Leipzig Textil-Gesellschaft m. b. H. Brühl 21, Ecke Plauensche Strasse

Baltenberg

Varieté.
Allabendlich 7/8 Uhr:
Gebrüder Hohlfeld
in ihrem phänomenalen
hocheleganten
Handsprung-Akt
und die übrigen
Varieté-Attraktionen.

Theater.
Abends 8 Uhr:
Steinerne Herzen
Schauspiel von Schmidt
und Hilmar.
Morgen:
Steinerne Herzen.

Vorverk.: Tagesk. Ztg.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Park Meusdorf

Telephon 3872 — Straßenbahn 15
Morgen Sonnabend 6.30 Min.:

I. Grosses Sommer-Fest

im größten Festsaal Deutschlands
Die geehrten Gäste werden gebeten, in
Sommertollette zu erscheinen

Einzug des Frühlings und andere Tänze

ausgeführt von Fr. Charlotte Brumme
Solotänzerin des Leipziger Stadttheaters.
Motto: **Meusdorf auf der Höhe!**

Sonntag 3.30 Min.:

Das hervorragende Ballfest!

Jeden Sonntag für Familien im Restaurant
(altes Forsthaus), von nachm. 1/4 Uhr an
Künstler-Konzert.

Birtenhölzchen, Wahren

Jeden Freitag: **Großer Ball** Nou vor-
gerichtet

Gasthof Modelwitz

Zur Landesgrenze
Sonnabend, den 22. Januar
Großer Volks-Maskenball

Es ladet ergebenst ein **Ernst Kohl.**

Lichtspiele

Zschocher

Telephon 40980 Inhaber: M. Raschke
Ab heute bis Montag
Der Riesen-Abenteuer- und
Sensationsfilm

Kim, Kip, Kop,

6 Die Bezwingen **6**
des Todes
Der Film mit den
25 Sensationen 25

Halbe Unschuld

nach dem bekannten Roman
Halbjungfern
Ein Sittenbild in 6 Akten.
Hauptrolle: **Erika Gläßner.**
Der neue Fensterputzer
Heitere Humoreske.
Einlaß 4 Uhr, Anfang 1/5 Uhr.

Pegauer Str. 12 **UT** L.-Connwitz

Freitag bis Montag
Der gewaltige Prunkfilm:
Gräfin Walewska
Napoleons Liebe
6 Riesen-Akte 6
Prächtige Ausstattung — Glänzende
Tollette — Fabelhafte Handlung
Ferner: Ein tolles Lustspiel:
Verlobung auf dem Plättbrett.
Tränen werden gelacht

Das beliebte U-T-Quartett.

Beginn 6 und 8^{1/2}, Sonntags 4^{1/2} Uhr.
Sonntag 2^{1/2} Uhr: **Kinder-Vorstellung.**
Einlage **Original-Wild-West-Film.**

Licht-UT-Spiele

Heute Freitag
Uraufführung für Leipzig!
Der vielgelesene Kriminal-Roman von Louise Westkirch:

Der Staatsanwalt

höchst spannende Akte.

In den Hauptrollen:
Alf Blütecher als Staatsanwalt,
**Werner Kraus, Emilie Kurz, Hans
Junkermann, Karl Günther** usw.

Telef. 3187

Flimmerzöfchen

Reizendes Lustspiel
2 Akte 2

Telef. 3187

Im Herzen der Stadt

Sonntag, 28. Januar, nachm. 3 und abds. 7 Uhr

Preis-Skaten

mit Zahlenrollen
Restaurant Ratskeller, Knautkleeberg
Sonnabend, den 28. und Sonntag, den 30. Januar
Bookbier-Fest
Es laden freundl. ein **Emil Schollenberg u. Frau.**

Billigste Gelegenheiten!
Wachstuche
Tischdecken, Taschen usw.
**Linoleum
Tapeten**
B. Nestler, Eisenbahnstr. 99
an der Ellisebthstr.

Manolescu
in Paris. **Manolescu**
in Berlin. **Manolescu**
in Dresden. **Manolescu**
im Gefänanis.

Memoiren des Hochstaplers „Georges Manolescu“

(Fürst Lahovary) — Ein Fürst der Diebe!

Nur nach wirklichen
Geschehnissen!

Nur nach wahren
Begebenheiten!

Größtes und aufsehenerregendes spannendes
Kriminal-Drama in 1 Vorspiel und 6 Akten von
Richard Oswald.

Wir bitten hierzu gefl. die bereits erschienenen kriminal-
psychologischen Studien über **Manolescu** und seine
Memoiren von Herrn **Dr. Erich Wulffen**, Staatsanwalt in
Dresden, zu beachten!

In den Hauptrollen: **Conrad Veidt**
Erna Morena :: **Adole Sandrock** :: Hedda Vernon.

Ferner: Das urkomische 3aktige Karliol-Lustspiel:
Ein kräftiger Mann wird gesucht
Ab Freitag, 21. Januar, nur im:

Königs-Pavillon

Promenadenstraße 8
(Thomasring) Fernruf 19271

Anfang: 5, 7^{1/4}
und 8^{1/2} Uhr

Spielplan vom 21.-27. Januar:
Das

Zeichen des Malayan.

Gewaltiges Detektiv-Abenteuer-
Drama in 5 Sensations-Akten.
In den Hauptrollen:
**Kurt Brenkendorf — Aly
Kay — Alex v. Antalfy**

Der Vogel im Käfig

(..... und vergib uns unsere Schuld! —)
Ungemein erschütternde Tragödie in 4 Akten aus dem Leben
eines unschuldig Verurteilten mit **Lia Loy — Werner Schott.**

Wochentags:
Einlaß 1/5 Uhr, Anfang 5 Uhr, Ende 10^{1/2} Uhr

**Kasino-
Lichtspiele**
Neumarkt
Tel. 19950

Weisse Wand

Fürstin Woronzoff

Die Tragödie einer Russin.
6 Sensations-Akte 6
Max Landa
in seinem Detektiv- und Abenteuer-Drama
Die Japanerin
5 Akte. 5 Akte.

FILMPALAST

L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.

Das Gift im Walde

Kolossales Sittendrama in 6 Akten mit
**Käte Haak und
Bruno Decarli**

Die Else vom Erlenhof

Ein herrliches Liebesdrama

Lichtspiele

Bornaische Str.

Heute bis mit Montag:

Hella Moja

Das Spiel von Liebe u. Tod
Tragödie in 5 Akten v. Urban Gad. Hauptrollen:
Hella Moja :: Alf Blütecher.

Mia May

in dem großen Lustspielschlager
Fräulein Zahnarzt. 5 Akte.
Ab Dienstag beginnt der Kolossal-Fortsetzungs-
Film „DIE VAMPIRE“. 6 Teile. 31 Akte.

Schlosskeller- Lichtspiele.

Leipzig-Reudnitz Heinrichstraße
SSELAM ALEIKUM
Die große orientalische Film-Tragödie in
einem Vorspiel und sechs Akten.
Der Film ist in Leipzig hergestellt und von nur
ersten Kräften der Stadt Theater gespielt.
HARRY PIEL!!!
in dem hochspannenden Sensations-Drama
„Schatten der Nacht!“ 4 Riesenakte.
Die schöne Spreewälderin
überaus ulkiges Lustspiel in 2 Akten.
Zeitig kommen! **13 Akte!** Platz sichern!

LUNA-Lichtspiele

Leipzig Eutritzsch
Schießestr.

Ab Freitag, den 21. bis Montag, den 24. Januar:
„Die Dame in Schwarz“
mit **Joo Deebis**, 4 Akte. Anfang 8 u. gegen 1/8 Uhr.
„Kakadu und Klobitz“
Lustspiel in 3 Akten mit **Ossi Oswald**.
„Armer kleiner Pierrot“, Drama in 2 Akten.
Sonntag nachm.: Kinder- und Familien-Vorstellung:
„Wie entstand der Hund von Baskerville“ und das
glänzende Belpogramm. Anfang 1/4 Uhr.
Voranzeige: Ab Dienstag „Gräfin Walewska“.

Lindenauer Lichtspiel-Haus

Nur Lütznauer Strasse 19

Wir beginnen heute mit dem 1. Teil des
Kolossal-, Detektiv- u. Hochstapler-Films

Vampire

10 Episoden. 31 Akte.
Vielfach heranzutretenden Wünschen gemäß
bringen wir alle GAbtig. anschlief. an den 1. Teil
Leontine Kühnberg
Am Kreuzwege der Leidenschaft

Nur zeitiges Kommen sichert gute Plätze

Blättertabak
Rein, ungeschmitten, 15.
kräftig... 1/2 Pfd.

Rippen
rein Birginta, fein u. wirksam
im Geschmack, Grob-
u. Feinschnitt 100 gr 3.50
Zigarren-Geschäft
Wilh. Rode
Reichenhainer Str. 3.*

Kaninfelle
kauft B. Krause,
Leipzig-Lindenau
Burgauerstraße 12.*

Kaufe
Platin // Zahngebisse
Bruch-Gold u. Silber
Uhren
Zethauschmelze
Brillanten :: Schmud
Silbergeräte aller Art
Mag Israel,
Uhrmacherladen, 1°
Promenadenstraße 6.

Interate sind nicht an
die Redaktion
sondern a. d. Expedition d.
Telva. Volkzeitg. zu richten.